

Klaus Larres

Großbritannien und der 17. Juni 1953. Die deutsche Frage und das Scheitern von Churchills Entspannungspolitik nach Stalins Tod

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.523>

Reprint von:

Klaus Larres, Großbritannien und der 17. Juni 1953. Die deutsche Frage und das Scheitern von Churchills Entspannungspolitik nach Stalins Tod, in: 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, herausgegeben von Christoph Kleßmann und Bernd Stöver, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 16), ISBN 3-412-03799-0, S. 155-179

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Klaus Larres (1999), Großbritannien und der 17. Juni 1953. Die deutsche Frage und das Scheitern von Churchills Entspannungspolitik nach Stalins Tod, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.523>

Ursprünglich erschienen als: Klaus Larres, Großbritannien und der 17. Juni 1953. Die deutsche Frage und das Scheitern von Churchills Entspannungspolitik nach Stalins Tod, in: 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, herausgegeben von Christoph Kleßmann und Bernd Stöver, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 16), ISBN 3-412-03799-0, S. 155-179

Inhalt

CHRISTOPH KLESSMANN/BERND STÖVER

Einleitung:

Das Krisenjahr 1953 und der 17. Juni in der DDR in der historischen Forschung.....	9
1. Das Jahr 1953 als innersowjetische Krise	9
2. Das Jahr 1953 als internationale Krise	11
3. Das Jahr 1953 als Krise des kommunistischen Systems in Osteuropa	15
4. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 als Krisensymptom: Forschungsfragen	20
5. Zum vorliegenden Band	26

Teil I

Stalins Tod, die Berija-Affäre und die Krise des sowjetischen Systems in
Osteuropa

VLADISLAV ZUBOK

„Unverfroren und grob in der Deutschlandfrage ...“ Berija, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte im April–Mai 1953	29
1. Die politische Konstellation nach Stalins Tod.....	31
2. Die Deutsche Frage	35
3. Die Infragestellung des Stalimus als politisches Konzept	42
4. Der Machtmensch Berija und die DDR – ein Fazit	46

GERHARD WETTIG

Berijas deutsche Pläne im Licht neuer Quellen.....	49
1. Unterschiedliche Auffassungen der Historiker.....	49
2. Auseinandersetzungen unter den Nachfolgern Stalins	51
3. Berijas Rolle bei der Entscheidung über den „Neuen Kurs“ in der DDR.....	54
4. Ein Berija-Plan für die Wiedervereinigung Deutschlands?	58
5. Vorbereitung geheimdienstlicher Kontakte in der Deutschland-Frage?.....	61
6. Zusammenhang zwischen Berijas Politik und der Zaisser-Herrnstadt-Affäre?	64

JÁNOS M. RAINER

Der „Neue Kurs“ in Ungarn 1953	71
1. Die Krise in Ungarn und der Tod Stalins	71
2. Die ungarische Delegation in Moskau.....	77
3. Die Umsetzung des „Neuen Kurses“ in Ungarn.....	84
4. Die Nagy-Rede vom 4. Juli 1953 und die Reformbewegung bis 1955.....	88
5. Ergebnisse	92

JIRÍ PERNES

Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung.....	93
1. Die Maßnahmen der obersten KP-Organen nach Gottwalds Tod.....	96
2. Die Währungsreform in der Tschechoslowakei.....	98
3. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Währungsreform	100
4. Der „Neue Kurs“	103
5. Der Versuch des „Neuen Kurses“ in der Tschechoslowakei	105
6. Die „Augustthesen“	107
7. Die Septembersitzung des ZK der KPTsch	109
8. Schluß.....	111

Teil II

Internationale Reaktionen auf den 17. Juni 1953

CHRISTIAN F. OSTERMANN

„Die beste Chance für ein Rollback“? Amerikanische Politik und der 17. Juni 1953	115
1. US-Deutschlandpolitik und psychologische Kriegsführung im Vorfeld des 17. Juni	116
2. Die amerikanische Reaktion auf den 17. Juni 1953	119
3. Das „Eisenhower-Paket-Projekt“	126
4. Die Nachwirkungen des Hilfsprogramms	133
5. Fazit	138

MICHAEL LEMKE

Konrad Adenauer und das Jahr 1953. Deutschlandpolitik und 17. Juni	141
1. Adenauers Europabild und Integrationsvorstellungen.....	142
2. Ost-West-Konflikt und Wiedervereinigung im Verständnis des Bundeskanzlers.....	143
3. Innerwestliche Querelen um EVG und Deutschlandkonferenz	147
4. Der 17. Juni 1953 und seine Folgen für die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik ...	151

KLAUS LARRES

Großbritannien und der 17. Juni 1953. Die deutsche Frage und das Scheitern von Churchills Entspannungspolitik nach Stalins Tod	155
1. Churchills Entspannungspolitik und die deutsche Frage vor dem Aufstand in der DDR.....	156
2. Der Westen und der Aufstand in der DDR.....	170
3. Schlußfolgerung	178

ANDRZEJ MAŁKIEWICZ/KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ

Das polnische Echo auf den Juni-Aufstand in der DDR im Jahre 1953.....	181
1. Forschungen über den 17. Juni in Polen.....	181
2. Die offizielle Reaktion.....	183
3. Die öffentliche Meinung.....	190
4. Zusammenfassung: Polen und der 17. Juni 1953	194

BERND STÖVER

Zusammenfassung:

Das Umbruchsjahr 1953 – Ein Resümee	199
1. Der Ausgangspunkt: Stalins Tod.....	199
2. Der „Neue Kurs“ – ein „Entstalinisierungs-Programm“.....	204
3. Der 17. Juni als Höhepunkt des Krisenjahres 1953	209
4. Westeuropäische Reaktionen: Die Sonderrolle Großbritanniens.....	218

Anhang	223
Abkürzungsverzeichnis	223
Literaturverzeichnis	227
Autorenverzeichnis	239
Personenverzeichnis.....	243

Großbritannien und der 17. Juni 1953. Die deutsche Frage und das Scheitern von Churchills Entspannungspolitik nach Stalins Tod

Die britische Reaktion auf den Aufstand vom 17. Juni in der DDR war nach Stalins Tod in den ersten Märztagen 1953 eng verbunden mit Churchills Entspannungspolitik. Churchill hoffte mit einer Dreimächtekonferenz nach dem Vorbild der Potsdamer Konferenz den Kalten Krieg zu überwinden und die Teilung Deutschlands rückgängig zu machen. Letztlich wollte er damit jedoch sicherstellen, daß Großbritanniens Rolle als Weltmacht aufrechterhalten werden konnte. Es ging ihm keinesfalls um die nationale Selbstbestimmung der Deutschen, sondern wie er es sah, um die Vermeidung eines erneuten, diesmal nuklearen Weltkrieges. Churchills verzweifelte Versuche, den Tod Stalins und die sich anschließende Friedenskampagne der neuen sowjetischen Führer (Malenkow, Berija und Molotow) auszunutzen, um seine eigenen politischen Ziele gegen die starke Opposition der USA und Bundeskanzler Adenauers durchzusetzen, werden oft verwechselt mit der Politik Großbritanniens.¹ Doch tatsächlich war Churchills Gipfeldiplomatie innerhalb der britischen Regierung und der außenpolitischen Elite des Landes sehr umstritten. Von einer mehr oder weniger gemeinsamen britischen Politik konnte keine Rede sein. Die Reaktion Londons auf den Aufstand in der DDR reflektierte daher den internen Machtkampf zwischen dem alternden Premierminister und seinen außenpolitischen Experten. Dem Aufstand vom 17. Juni kam dabei entscheidende Bedeutung zu. Durch die völlig überraschenden Ereignisse in der DDR wurden Churchills Versuche, eine Gipfelkonferenz mit der neuen kollektiven Führungsmacht im Kreml zu organisieren, die Glaubwürdigkeit entzogen.

Die auf den ersten Blick recht unerklärliche Reaktion britischer Regierungskreise auf den Aufstand in der DDR kann nicht verstanden werden, ohne zuvor die divergierenden Interpretationen Churchills und der anderen westlichen Regierungschefs auf Stalins Tod zu erörtern. Insbesondere die Befürchtungen und Hoffnungen, die man mit der Politik der neuen Führung in Moskau in bezug auf die deutsche Wiedervereinigung verband, bedürfen der Analyse. Der vorliegende Aufsatz teilt sich daher in zwei Absätze. Der erste beschäftigt sich mit den Monaten von Stalins Tod bis zum Aufstand in der DDR. Hier werden die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Großbritannien und den anderen Westmächten dargelegt, wie auf Stalins Tod zu reagieren sei. Der zweite Teil erörtert die divergierenden Reaktionen auf den 17. Juni in den westlichen Hauptstädten und analysiert die Gründe für das

1 Vgl. Brian White, *Britain, Détente and Changing East-West Relations*, London 1992, S. 50–54.

Scheitern von Churchills Entspannungspolitik und für das recht erstaunliche Verhalten des Premierministers während des Aufstandes in der DDR.

1. Churchills Entspannungspolitik und die deutsche Frage vor dem Aufstand in der DDR

In einem Großteil der historischen Literatur wird Churchills Politik nach dem Zweiten Weltkrieg nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt. In der Regel wird er lediglich als Kalter Krieger *par excellence* betrachtet, dessen welthistorische Bedeutung nur noch recht gering war. Tatsächlich versuchte Churchill aber als Oppositionsführer der britischen Konservativen Partei in den Jahren 1945–1951 eine Gipfelkonferenz mit der Sowjetunion herbeizuführen, um aus der gefährlichen Sackgasse herauszukommen, in die sich die Großmächte im Zuge des Kalten Krieges manövriert hatten.² Bereits unmittelbar nach 1945 war Churchill daran gelegen, mit der Sowjetunion ein Übereinkommen zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes zu schließen. Seine Pläne schlossen auch die schnelle Reintegration der Deutschen in die internationale Gemeinschaft der Nationen ein.³ Selbst in seiner berühmten Rede in Fulton im März 1946 wies Churchill darauf hin, daß der Kalte Krieg und die Teilung Europas so schnell wie möglich zu beenden seien, sollte ein nuklearer Weltkrieg noch rechtzeitig verhindert werden.⁴ Mittels zahlreicher ähnlicher öffentlicher Äußerungen versuchte er, seinen Ideen Aufmerksamkeit zu verschaffen. Churchills Begeisterung für Gipfelkonferenzen und persönliche Diplomatie lassen sich aber nicht nur während und nach dem Zweiten Weltkrieg feststellen, sondern sind bis auf die Jahre unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg zurückzuverfolgen. Schon 1914, als der vierzigjährige Churchill Chef des britischen Marineministeriums war, hatte er beispielsweise Admiral Tirpitz vorgeschlagen, das deutsch-britische Marinewettrennen mittels eines „Vieraugengesprächs“ aus der Welt zu schaffen.⁵ Churchill war 1914 wie während und nach dem Zweiten Weltkrieg tief davon überzeugt, daß er allein in der Lage sei, die vielen internationalen Probleme durch seine charismatische Überzeugungskraft zu lösen. Entgegen den konventionellen Interpretationen der Forschung stellte Churchills Gipfeldiplomatie nach dem Zweiten Weltkrieg also keinesfalls ein neues Phänomen dar, das sich auf sein Alter, seine allmähliche Senilität oder auf einen Mangel an anderen großen Themenbereichen zurückführen läßt, wie manche Forscher glauben.⁶ Tat-

-
- 2 Zu Churchills Außenpolitik zwischen 1951 und 1955 siehe auch meine folgenden Publikationen: Politik der Illusionen. Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage 1945–1955, Göttingen 1995 und Integrating Europe or Ending the Cold War? Churchill's post-war foreign policy, in: Journal of European Integration History, Bd. 2, Nr. 1 (1996), S. 15–49.
 - 3 Vgl. zum Beispiel Churchills „Foreign Affairs“-Rede, in: House of Commons Debates (künftig: H. C. Deb.), 5th series, Bd. 446, 23.1.1948, S. 560f.
 - 4 Churchills Rede, „The Sinews of Peace“, 5.3.1946, Westminster College, Fulton, Missouri, in: Robert Rhodes James (Hg.), Winston S. Churchill. His Complete Speeches, 1897–1963, Bd. 7: 1940–49, London 1974, S. 7292.
 - 5 Vgl. Martin Gilbert, Winston S. Churchill, Bd. 3: 1914–16, London 1971, S. 1f.; A. J. P. Taylor, The Statesman, in: Churchill. Four Faces and the Man, London 1969, S. 16–17.
 - 6 Vgl. Steven Fish, After Stalin's Death. The Anglo-American Debate over a New Cold War, in: Diplomatic History 10 (1986), S. 333–355; Josef Foschepoth, Churchill, Adenauer und die Neutralisie-

sächlich handelte es sich um die Fortsetzung einer schon lange von Churchill für richtig gehaltenen politischen Strategie.

In den ersten Nachkriegsjahren und zu Lebzeiten Stalins konnte Churchill sich angesichts der erschreckenden Realitäten der sowjetischen Machtpolitik in Osteuropa nicht entschließen, den Versuch einer Annäherung an Stalin zu wagen, um so nicht nur als erfolgreicher Kriegspremier, sondern auch als Friedenspolitiker, der den Kalten Krieg beendet hatte, in die Geschichte einzugehen.⁷ Als Stalin in seiner bekannten Note vom 10. März 1952 die Wiedervereinigung Deutschlands auf neutraler Basis vorschlug, beteiligte sich Churchill – trotz seiner bald darauf geäußerten recht ähnlichen Pläne – nicht an der hitzigen Debatte in der westlichen Welt über die Frage, ob Stalins Offerte ernst gemeint sei oder lediglich ein taktisches Manöver darstelle.⁸ Nicht Churchill, der erneut im Oktober 1951 im Alter von 78 Jahren zum britischen Premierminister gewählt worden war, sondern sein Außenminister Anthony Eden versuchte geheime und sehr informelle Verhandlungen mit seinem sowjetischen Kollegen einzuleiten. Zwar schlugen diese Bemühungen fehl, doch verdeutlichen sie, daß Eden anfänglich durchaus Churchills Pläne unterstützte, den Versuch zu wagen, eine Beilegung der Streitigkeiten mit der UdSSR zu erreichen.⁹

Als der Kreml am 5. März 1953 Stalins Tod verkündete und die Nachfolger des Diktators fast unmittelbar darauf damit begannen, eine Friedenskampagne zu initiieren¹⁰, versuchte Churchill, seine Entspannungspolitik zu verwirklichen. Er begann, sich verstärkt für die Einberufung einer Dreimächtekonferenz der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens einzusetzen.¹¹ Doch der neue amerikanische Präsident Eisenhower war von den Vorschlä-

rung Deutschlands, in: *Deutschland Archiv* 17 (1984), S. 1286–1301; Rolf Steininger, Ein vereintes, unabhängiges Deutschland? Winston Churchill, der Kalte Krieg und die deutsche Frage im Jahre 1953, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 34 (1984), S. 105–144; Andreas Hillgruber, *Alliierte Pläne für eine „Neutralisierung“ Deutschlands 1945–55*, Opladen 1987; David Carlton, *Großbritannien und die Gipfeldiplomatie 1953–55*, in: Bruno Thoß/Hans-Erich Volkmann (Hg.), *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953–1956*, Boppard 1988, S. 51–69; Donald Cameron Watt, *Churchill und der Kalte Krieg*, in: *Schweizer Monatshefte* 61, Sonderbeilage (1981), S. 1ff.; Anthony Seldon, *Churchill's Indian Summer. The Conservative Government, 1951–55*, London 1981, S. 396–409; John W. Young, *Winston Churchills Last Campaign: Britain and the Cold War, 1951–1955*, Oxford 1996.

7 Public Record Office, London (künftig: PRO): Foreign Office (künftig: FO) 371/106 537, 1044/2/53 G, 16.1.1953. Siehe auch John Colville, *The Fringes of Power. 10 Downing Street Diaries, 1939–1955*, London 1985, S. 660: Tagebucheintrag, 5.1.1953.

8 PRO: (Akten des Premierministers, künftig: PREM) 11/168, M.235/52, 13.4.1952. Zur Stalin-Note siehe nach wie vor Rolf Steininger, *Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952*, Bonn 1985; auch Gerhard Wettig, *Stalin and German Reunification: Archival Evidence on Soviet Foreign Policy in Spring 1952*, in: *Historical Journal*, Bd. 37, Nr. 2 (1994), S. 411–419. Zur Haltung der britischen Regierung siehe PRO: PREM 11/168; FO 800/793; FO 800/777.

9 Vgl. Hillgruber, *Alliierte Pläne*, S. 21.

10 Vgl. *Foreign Relations of the United States* (künftig: FRUS), 1952–54, Bd. VIII, S. 1132, 18.3.1953. Gute Überblicke über die diversen innen- und außenpolitischen Aktivitäten der Nachfolger Stalins sind zu finden in: PRO: FO 371/106 510/NS 1015/39; CAB 129/61, C.(53)187; PREM 11/420, 425; FO 371/125 037/ZP 9/18.

11 PRO: FO 371/106 537/NS 1071/22, 12.3.1953. Vgl. auch Churchill, „*Oral Answers, Three-Power Talks*“, in: *H. C. Deb.*, 5th series, Bd. 512, 12.3.1953, 1502; Peter G. Boyle (Hg.), *The Churchill-Eisenhower Correspondence, 1953–55*, Chapel Hill 1990, S. 31, 11.3.1953; FRUS, 1952–54, Bd. VIII, S. 1115–1116.

gen des Premierministers, die ihn im April und Mai 1953 erreichten, wenig begeistert.¹² Während Churchill die instabile Lage in der Sowjetunion nach dem Tode Stalins nutzen wollte, Verhandlungen aufzunehmen, um die Teilung Europas einschließlich Deutschlands zu überwinden,¹³ beabsichtigte Eisenhower, den allen Anschein nach tobenden Machtkampf im Kreml zu nutzen, um die UdSSR durch eine neue psychologische Kriegsführungsinitiative weiter zu destabilisieren. Teil dieser Strategie Eisenhowers war die „Chance for Peace“-Rede vom April 1953, mit der Eisenhower und sein enger Berater C. D. Jackson beabsichtigten, die in der westlichen Welt auf immer größere Resonanz stoßende sowjetische Friedenskampagne zu unterminieren.¹⁴ Doch selbst sein anti-kommunistischer Außenminister John Foster Dulles wies Eisenhower auf die möglicherweise fatalen Konsequenzen hin, die eine Strategie zur Ausnutzung der instabilen Lage in Moskau haben könne. Es sei keinesfalls auszuschließen, daß die neuen Führer womöglich überreagieren und einen Krieg entfesseln würden.¹⁵

Die deutsche Frage im Anschluß an Stalins Tod

Nach dem Tod Stalins nahmen die meisten westlichen Politiker und Diplomaten, einschließlich des westdeutschen Bundeskanzlers an, daß der Kreml im Zuge seiner Friedenskampagne plane, eine neue Offensive in der deutschen Frage zu beginnen. Insgesamt hielt man sie *a priori* aber für nicht sonderlich glaubwürdig. Moskau werde lediglich Zugeständnisse machen (beispielsweise ein Ende des Koreakrieges, die Amnestie politischer Häftlinge in der UdSSR, ein freundlicheres Umgehen mit westlichen Diplomaten und Regierungen etc.), die vorteilhaft für die Festigung der neuen kollektiven Führung seien und gleichzeitig von Moskau keine großen Opfer verlangten. Dennoch sorgte man sich in westlichen Regierungskreisen, daß der Kreml die Wiedervereinigungsangebote Stalins vom März 1952 wiederholen, vielleicht nachbessern und damit für die westdeutsche Öffentlichkeit noch attraktiver gestalten könne.¹⁶ Nur sechs Monate vor den auf September 1953 angesetzten nächsten Bundestagswahlen würden die Westmächte kaum in der Lage sein, ein neues sowjetisches Angebot zur Wiedervereinigung rundweg abzulehnen. In einem solchen Fall würde es sehr schwer sein, sich dem Druck der Öffentlichkeit zu widersetzen, eine internationale Konfe-

12 Vgl. Boyle, ebd., S. 31ff.

13 Vgl. Churchills Parlamentsrede vom 11.5.1953, in: H. C. Deb., 5th series, Bd. 515, S. 883–898.

14 Vgl. Klaus Larres, Eisenhower and the First Forty Days after Stalin's Death: The Incompatibility of Détente and Political Warfare, in: Diplomacy & Statecraft, Bd. 6, Nr. 2 (1995), S. 431–469; auch Walt W. Rostow, Europe after Stalin. Eisenhower's Three Decisions of March 11, 1953, Austin, Tx., 1982, S. 3ff.

15 Vgl. z. B. FRUS, 1952–54, Bd. VIII, S. 1120; auch Henry W. Brands Jr., Cold Warriors. Eisenhower's Generation and American Foreign Policy, New York 1988, S. 19, 123.

16 Vgl. Eisenhower Presidential Library, Abilene, Ks. (künftig: EPL): John Foster Dulles Papers, Drafts of Presidential Correspondence, Box 1, „Peace Plan Speech“, 20.3.1953; National Archives, Washington, D.C. (künftig: NARA): Lot 64D563, Policy Planning Staff (künftig: PPS) Records, 1947–53, Box 16, Folder Germany 1950–53, memorandum Fuller, 17.4.1953; PRO: FO 371/106 532/NS 10345/9, 9.4.1953; FO 371/103 660/C 1016/23, 28.3.1953; FO 371/106 510/NS 1015/39; FO 371/103 659/C 1916/16, 13.4.1953; FO 371/106 532/NS 10345/9, 9.4.1953; FRUS, 1952–54, Bd. VIII, S. 1138. Siehe auch Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979, Frankfurt/M. 1980, S. 144–145.

renz einzuberufen, um das Angebot zu überprüfen. Westliche Politiker fürchteten, daß eine erneute Offerte aus Moskau die unmittelbar bevorstehende Westintegration der Bundesrepublik zunichte machen würde. Immerhin stand die im Mai 1952 durch Frankreich, die Beneluxstaaten und die Bundesrepublik unterzeichnete Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in den Parlamenten der meisten Mitgliedsländer zur Ratifikation an. Mittels der EVG sollte die deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen einer europäischen Armee und damit die gleichzeitige Westintegration der Bundesrepublik verwirklicht werden. Es konnte erwartet werden, daß insbesondere die Parlamentarier in Paris das Ergebnis einer sich unter Umständen lange hinziehenden Gipfelkonferenz abwarten würden, bevor sie grünes Licht für die gerade in Frankreich äußerst umstrittene Wiederbewaffnung der Westdeutschen gaben. Möglicherweise würden die auch noch so vagen Ergebnisse einer Gipfelkonferenz sie gar dazu bewegen, die EVG ganz abzulehnen und damit auch die Westintegration der Bundesrepublik wieder zur Disposition zu stellen.¹⁷

Ungeachtet vieler Gerüchte und vereinzelter zuverlässigerer Informationen glaubte – mit Ausnahme Churchills – keiner der führenden westlichen Staatsmänner, daß die Sowjetunion beabsichtigte, die DDR aufzugeben, um die deutsche Wiedervereinigung auf neutraler Basis zu erreichen.¹⁸ Bis zum heutigen Tag wird in der Forschungsliteratur eine oftmals hitzige Debatte geführt, ob Moskau in der Zeit zwischen Stalins Tod und dem Aufstand in der DDR bereit gewesen wäre, ernsthaft die deutsche Wiedervereinigung in Betracht zu ziehen, wenn der Westen angedeutet hätte, daß Voraussetzungen zu einer Übereinkunft existierten.¹⁹ Die nach Öffnung der DDR-Archive und mancher sowjetischer Archive gefundenen Dokumente weisen darauf hin, daß solche Überlegungen im Präsidium (wie das Politbüro zu der Zeit hieß) der KPdSU angestellt wurden. Insbesondere der ideologisch recht unbelastete Berija und *primus inter pares* Malenkov scheinen gegen den erbitterten Widerstand Außenminister Molotows durchaus bereit gewesen zu sein, das Ulbricht-Regime in der DDR preiszugeben.²⁰ Auch Interviews und Gespräche mit ehemaligen Mitarbeitern und Beratern der

17 PRO: FO 371/103 659/C 1016/16, 21.4.1953; FO 371/103 659/C 1016/9, Artikel Walter Lippman, 7.4.1953.

18 CIA-Chef Bedell Smith führte beispielsweise aus, „[that] ... he did not believe that the Soviets were ready to give up their zone at this time. Although it was entirely possible and even likely that the Russians would make another offer to reunite Germany before the EDC enters into force, such a bid would not be sincere and would be nothing but an attempt to prevent or delay the establishment of a European Army“. FRUS, 1952–54, Bd. VII, 30.3.1953, S. 410–411.

19 Vgl. Anm. 21. Der amerikanische Policy Planning Staff (PPS) nahm jedoch an, daß Moskau selbst nach dem Aufstand noch Interesse daran habe, dem Westen die deutsche Wiedervereinigung anzubieten: „Their [the Soviet leaders] local position may have deteriorated in Eastern Germany to such an extent that they may wish to reduce their commitment; they may be willing to make substantial concessions to unite Germany on fairly liberal terms [...] finally, they may desire to eliminate the danger point of Berlin as a possible cause of war jeopardizing the new Soviet Regime.“ NARA: RG 59, PPS Lot 64D563, Folder: Germany, 1953, Box 16, Memorandum Beam to Bowie, 30.6.1953. Siehe auch NARA: RG 59, 762B.00/7–2853, Memorandum F. Howe, „SE-47“, 28.7.1953.

20 Vgl. zu einer guten neueren Einführung in die Problematik: Christian F. Ostermann, ‚This is Not a Politburo but a Madhouse‘: The Post-Stalin Succession Struggle [...], in: Cold War International History Project, Bd. 10 (März 1998), S. 61ff. Die Unterlagen über die Pläne Berijas sind allem Anschein nach vernichtet worden. Kurz vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Dezember 1991 hatte das Zentralkomitee der KPdSU um Berijas Dokumente gebeten, um sie in den Archiven des KGB zu lagern, doch sind sie seitdem nicht mehr aufzufinden. Vgl. Lew Besymenski, „1953 – Berija will die DDR beseitigen“, in: Die Zeit, Nr. 42 (15.10.1993), S. 81.

Malenkow-Regierung weisen auf die Richtigkeit der Annahme hin, daß eine solche Politik von einigen Mitgliedern des innersten Führungszirkels im Kreml ernsthaft erörtert wurde.²¹ Es läßt sich folgern, daß in den gut drei Monaten zwischen Stalins Tod und dem Aufstand in der DDR Berija und Malenkow ernsthaft bereit gewesen wären, die Existenz der DDR zur Disposition zu stellen, wenn im Westen ebenfalls Anzeichen der Kompromißbereitschaft in der deutschen Frage und bei der Überwindung des Kalten Krieges zu bemerken gewesen wären.

Doch zu dem Zeitpunkt war Churchill der einzige einflußreiche westliche Staatsmann, der auf eine solche Entwicklung hinarbeitete und sie ausdrücklich begrüßte. Nicht nur die Politiker in Washington und Bonn, sondern auch sein eigener Außenminister, die Mitarbeiter im Foreign Office und die meisten Mitglieder seines Kabinetts hielten Churchills Politik für abwegig. Innerhalb der britischen Regierung und im Außenministerium bildete sich im Mai und Juni 1953 eine immer deutlichere Front gegen die Politik des eigenen Premierministers. Vor allem wollten die britischen Außenpolitiker verhindern, daß der alternde Churchill die Gelegenheit erhielt, im Zuge einer Gipfelkonferenz vertrauliche Gespräche mit den neuen Führern im Kreml zu führen. Churchills Pläne wurden als reines Wunschdenken eines sich nicht mehr auf der Höhe der Zeit befindenden Politikers abqualifiziert. Daneben war Außenminister Eden als designiertem Nachfolger des Regierungschefs nicht daran gelegen, daß Churchill durch seine Konferenzdiplomatie in die Lage versetzt würde, seinen Rücktritt als Premierminister immer weiter hinausschieben zu können.²² Auch hatten außer Churchill die meisten westlichen Politiker gar kein Interesse daran, ein vereinigt und neutrales Deutschland anzustreben. Es wurde weithin angenommen, daß ein solches Deutschland auf lange Sicht gesehen von der Sowjetunion dominiert werden würde. Westliche Staatsmänner, einschließlich Bundeskanzler Adenauer, waren überzeugt, daß die Wiedervereinigung nur dann in Frage käme, wenn diese zu den Bedingungen des Westens erfolgen würde. So lange das nicht möglich war, mußte zumindest der westliche Teil Deutschlands, immerhin der größere, wohlhabendere und bevölkerungsreichere Teil, unwiderruflich in die

-
- 21 Vgl. Besymenski, 1953 – Berija, S. 81–83; Albert Resis (Hg.), *Molotov Remembers: Inside Kremlin Politics. Conversations with Felix Chuev*, Chicago 1993, S. 333ff. Siehe auch die Transkripte der Sitzungen des Zentralkomitees der KPdSU in: D. M. Stickle (Hg.), *The Beria Affair: The Secret Transcripts of the Meetings Signalling the End of Stalinism*, New York 1992; auch James Richter, *Re-examining Soviet Policy Towards Germany in 1953*, in: *Europe-Asia Studies* 45 (1993), S. 671–691; Amy Knight, *Berija: Stalin's First Lieutenant*, Princeton 1993, S. 190ff.; Vladislav Zubok/Constantine Pleshakov, *Inside the Kremlin's Cold War: From Stalin to Khrushchev*, Cambridge, MA, 1996, S. 138–63; James Richter, *Khrushchev's Double Bind: International Pressures and Domestic Coalition Politics*, Baltimore 1994, S. 35ff. Vgl. auch Rudolf Herrnstadt, *Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953*, hg. und eingel. von Nadja Stulz–Herrnstadt, Reinbek 1990, S. 14–23, 64ff., 162 ff., 207, 222–224; Wilfriede Otto, *Sowjetische Deutschlandpolitik 1952/53: Forschungs- und Wahrheitsprobleme*, in: *Deutschland Archiv* 26 (1993), S. 948–954. Vgl. auch die Aufsätze Gerhard Wettigs, *Berijas Deutschlandpolitik im Frühjahr 1953*, in: *Deutschland Archiv* 26 (1993), S. 674–682; *Die sowjetische Deutschland-Politik am Vorabend des 17. Juni*, S. 56–69; und ders., *Neue Erkenntnisse über Berijas Deutschland-Politik*, in: ebd. 12 (1993), S. 1412f.; auch: *Die sowjetische Deutschlandpolitik in der Ära Adenauer*, Bonn 1997.
- 22 Vgl. zum Beispiel die diversen Tagebucheinträge zwischen 1953 und 1955 in: John Colville, *Fringes of Power*; Evelyn Shuckburgh, *Descent to Suez, Diaries, 1951–1956*, London 1986, S. 80ff.; Lord Moran, *Churchill. The Struggle for Survival, 1940–1965*, London 1966.

westliche Welt integriert werden.²³ Vor der Ratifizierung der EVG und der Westintegration der Bonner Republik war kaum ein westlicher Politiker bereit, in Verhandlungen mit der Sowjetunion zu treten, wodurch die Erreichung dieses Zieles gefährdet werden könnte.²⁴ Eisenhower beantwortete daher Churchills Briefe, mit denen dieser für eine internationale Gipfelkonferenz mit der Sowjetunion warb, um über die deutsche Frage und andere Probleme zu verhandeln, nur zögerlich und recht vage. Gerade diese Ambiguität überzeugte jedoch den Premierminister, daß er womöglich in der Lage sein würde, den Präsidenten zu überzeugen, seine Meinung noch zu ändern.²⁵

Britisches Mißtrauen gegenüber den Plänen der USA

Insbesondere machte sich die britische Regierung einschließlich Churchills in der unmittelbaren Zeit nach Stalins Tod große Sorgen, daß Washington womöglich die instabile Lage und den allem Anschein nach tobenden Machtkampf im Kreml ausnutzen könnte, um eine entscheidende Schlacht im Kalten Krieg zu gewinnen. Zwar wußte man in London wenig über die Erörterung psychologischer Kriegsführungsstrategien in Washington, doch erinnerte man sich noch recht gut an die diversen „Rollback“-Verkündungen des designierten Secretary of State, John Foster Dulles, während des Präsidentschaftswahlkampfes 1952. Das Republikanische Wahlkampfprogramm betonte die Notwendigkeit der Befreiung der „captive people“ in Osteuropa und die Dringlichkeit, die als zu lasch empfundene Containment-Politik der Regierung Truman durch eine aktivere antikommunistische Politik der USA abzulösen. Auf diese Weise konnte an den durch McCarthy aufgewühlten tiefen amerikanischen Antikommunismus appelliert werden und gleichzeitig die vielen aus Osteuropa stammenden amerikanischen Wähler angesprochen werden.²⁶ In seinen Wahlkampfauftritten vertrat Dulles aggressive Auffassungen über die Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik unter republikanischer Führung. Zugleich war eine gewisse Ambiguität bei seinen Aussagen durchaus gewollt. So „vergaß“ Dulles in seinen Reden gelegentlich das Wort „friedlich“ hinzuzufügen, wenn er von der „Befreiung“ Osteuropas sprach.²⁷ Auch wurde nicht deutlich, ob die USA eine Befreiung Osteuropas durch die Schaffung freiheitlicher Demokratien nach westlichem Vorbild anstrebten oder lediglich eine Lockerung der sowjetischen Kontrolle herbeiführen wollten, wie etwa Titos Jugoslawien sie erreicht hatte.²⁸

23 Vgl. beispielsweise PRO: FO 371/103 660/C 1016/32, 19.5.1953. Zu einem knappen Überblick über die Grundsätze der Politik Adenauers siehe: Klaus Larres, Konrad Adenauer (1876–1967), in Torsten Oppeland (Hg.), Portraits der deutschen Politik 1949–1969, Darmstadt 1999.

24 PRO: FO 800/778, 6.4.1953.

25 Siehe zum Beispiel Eisenhowers Brief an Churchill vom 25. April und 5. Mai 1953 in: Boyle (Hg.), Correspondence, S. 47, 49–50.

26 Vgl. Klaus Larres, Die Welt des John Foster Dulles (1939–1953), in: Historische Mitteilungen Bd. 9, Nr. 2 (1996), S. 275–277; allgemein zu den außenpolitischen Vorstellungen Eisenhowers und Dulles vor 1953, vgl. Robert R. Bowie/Richard H. Immerman, Waging Peace: How Eisenhower Shaped an Enduring Cold War Strategy, New York 1998, S. 41ff. und bes. S. 70ff.

27 Ebd. siehe auch Roscoe Drummond/Gaston Coblenz, Duel at the Brink. John Foster Dulles' Command of American Power, London 1960, S. 24; Stephen E. Ambrose, Eisenhower, Bd 1: Soldier, General of the Army, President-Elect, 1890–1952 (London 1984), S. 548; und vor allem Detlef Felken, Dulles und Deutschland. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953–1959, Bonn 1993, S. 97–99.

28 Vgl. Michael Guhin, John Foster Dulles. A Statesman and his Times, New York 1972, S. 176–177.

Der britische Außenminister Eden versuchte im Anschluß an den Wahlkampf daher sogar, den gewählten aber noch nicht inaugurierten neuen Präsidenten Eisenhower zu überzeugen, Dulles nicht zum Außenminister zu ernennen.²⁹ Als dies mißlang, tröstete Churchill sich mit der Hoffnung, daß er schon in der Lage sein würde, den außenpolitisch recht unerfahrenen neuen Präsidenten entsprechend beeinflussen zu können. Immerhin kannte er ihn gut aus den Tagen des Zweiten Weltkrieges, als Eisenhower amerikanischer Oberkommandierender in Europa war. Während des Jahres 1952 hatte Churchill zudem mehrmals der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß ein Wahlerfolg Eisenhowers zu einer erneuten Dreimächtekonferenz mit der Sowjetunion führen würde.³⁰ Im August 1952 wies Churchill beispielsweise daraufhin, daß – falls Eisenhower zum Präsidenten gewählt werden würde – er ihn wohl davon überzeugen könnte, einen gemeinsamen anglo-amerikanischen Versuch zu wagen, Moskau zu einer Konferenz in Wien einzuladen, „wo die Potsdamer Konferenz wiedereröffnet und abgeschlossen werde“.³¹ Aber auch der Premierminister machte sich große Sorgen über die starke antisowjetische Rhetorik des amerikanischen Wahlkampfes. Er war überzeugt, daß Großbritanniens Einfluß und die Einberufung einer internationalen Gipfelkonferenz von entscheidender Bedeutung sein würden, um den Weltfrieden zu erhalten. Nachdem Eisenhower die Präsidentschaft gewonnen hatte und mit der Ernennung Dulles zum Außenminister gerechnet wurde, teilte Churchill seinem Privatsekretär John Colville mit: „Ganz im Vertrauen, ich bin sehr besorgt. Ich denke, daß dies einen Krieg viel wahrscheinlicher macht.“³²

Die Rede Churchills vom 11. Mai 1953

Anfang Mai 1953 entschloß sich Churchill, die Initiative zu übernehmen. Während einer Rede im britischen Unterhaus am 11. Mai erinnerte er an seinen Plan, eine internationale Konferenz mit der Sowjetunion, den USA und Großbritannien zu organisieren.³³ Churchill beabsichtigte auf der informellen Konferenz die vielen ungelösten Ost-West-Probleme zu behandeln und dadurch ein schnelles Ende des Kalten Krieges herbeizuführen. Mit Blick auf Deutschland deutete der Premierminister an, daß ein wiedervereinigtes und neutrales Deutschland und die Opferung der Wiederbewaffnung und Westintegration der Bundesrepublik ein angemessener Preis dafür seien, um eine internationale Détente zu erreichen. Zwar wies er darauf in seiner Unterhausrede nur vorsichtig hin, doch in diversen hochgeheimen Notizen und Entwürfen machte er in den nächsten Wochen deutlich, daß dies seine Absicht war.³⁴ Im Laufe seiner Parlamentsrede vom 11. Mai 1953 hatte Churchill auch erklärt, daß der Westen die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion ernst nehmen müsse. „Rußland hat ein Recht darauf sich sicher zu fühlen [...], daß die schrecklichen Ereignisse der

29 PRO: PREM 11/323, T. 212/52, 12.11.52; auch Boyle (Hg.), *Correspondence*, S. 11; Colville, *Fringes of Power*, S. 661f.; Tagebucheintrag, 6.1.1953; auch David Dutton, *Anthony Eden: A Life and Reputation*, London 1997, S. 333f.

30 Vgl. Colville, *Fringes of Power*, S. 650; Tagebucheintrag, 13.–15.6.1952.

31 Ebd., S. 653f.; Tagebucheintrag, 22.–25.8.1952. Siehe auch Colvilles Beitrag zu Churchill, in: John Wheeler-Bennett (Hg.), *Action this Day: Working with Churchill*, London 1984, S. 129.

32 Colville, *Fringes of Power*, S. 654; Tagebucheintrag, 6.11.1952; siehe auch die „Introduction“, in: Boyle (Hg.), *Correspondence*, S. 3.

33 Churchill, „Foreign Affairs“-Rede, in: *H. C. Deb., 5th series*, Bd. 515, 11.5.1953, S. 883–898.

34 PRO: FO 371/103 660/C 1016/32, 19.5.1953.

Großbritannien und der 17. Juni 1953. Die deutsche Frage und das Scheitern von Churchills Entspannungspolitik nach Stalins Tod

Die britische Reaktion auf den Aufstand vom 17. Juni in der DDR war nach Stalins Tod in den ersten Märztagen 1953 eng verbunden mit Churchills Entspannungspolitik. Churchill hoffte mit einer Dreimächtekonferenz nach dem Vorbild der Potsdamer Konferenz den Kalten Krieg zu überwinden und die Teilung Deutschlands rückgängig zu machen. Letztlich wollte er damit jedoch sicherstellen, daß Großbritanniens Rolle als Weltmacht aufrechterhalten werden konnte. Es ging ihm keinesfalls um die nationale Selbstbestimmung der Deutschen, sondern wie er es sah, um die Vermeidung eines erneuten, diesmal nuklearen Weltkrieges. Churchills verzweifelte Versuche, den Tod Stalins und die sich anschließende Friedenskampagne der neuen sowjetischen Führer (Malenkow, Berija und Molotow) auszunutzen, um seine eigenen politischen Ziele gegen die starke Opposition der USA und Bundeskanzler Adenauers durchzusetzen, werden oft verwechselt mit der Politik Großbritanniens.¹ Doch tatsächlich war Churchills Gipfeldiplomatie innerhalb der britischen Regierung und der außenpolitischen Elite des Landes sehr umstritten. Von einer mehr oder weniger gemeinsamen britischen Politik konnte keine Rede sein. Die Reaktion Londons auf den Aufstand in der DDR reflektierte daher den internen Machtkampf zwischen dem alternden Premierminister und seinen außenpolitischen Experten. Dem Aufstand vom 17. Juni kam dabei entscheidende Bedeutung zu. Durch die völlig überraschenden Ereignisse in der DDR wurden Churchills Versuche, eine Gipfelkonferenz mit der neuen kollektiven Führungsmacht im Kreml zu organisieren, die Glaubwürdigkeit entzogen.

Die auf den ersten Blick recht unerklärliche Reaktion britischer Regierungskreise auf den Aufstand in der DDR kann nicht verstanden werden, ohne zuvor die divergierenden Interpretationen Churchills und der anderen westlichen Regierungschefs auf Stalins Tod zu erörtern. Insbesondere die Befürchtungen und Hoffnungen, die man mit der Politik der neuen Führung in Moskau in bezug auf die deutsche Wiedervereinigung verband, bedürfen der Analyse. Der vorliegende Aufsatz teilt sich daher in zwei Absätze. Der erste beschäftigt sich mit den Monaten von Stalins Tod bis zum Aufstand in der DDR. Hier werden die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Großbritannien und den anderen Westmächten dargelegt, wie auf Stalins Tod zu reagieren sei. Der zweite Teil erörtert die divergierenden Reaktionen auf den 17. Juni in den westlichen Hauptstädten und analysiert die Gründe für das

1 Vgl. Brian White, *Britain, Détente and Changing East-West Relations*, London 1992, S. 50–54.

Scheitern von Churchills Entspannungspolitik und für das recht erstaunliche Verhalten des Premierministers während des Aufstandes in der DDR.

1. Churchills Entspannungspolitik und die deutsche Frage vor dem Aufstand in der DDR

In einem Großteil der historischen Literatur wird Churchills Politik nach dem Zweiten Weltkrieg nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt. In der Regel wird er lediglich als Kalter Krieger *par excellence* betrachtet, dessen welthistorische Bedeutung nur noch recht gering war. Tatsächlich versuchte Churchill aber als Oppositionsführer der britischen Konservativen Partei in den Jahren 1945–1951 eine Gipfelkonferenz mit der Sowjetunion herbeizuführen, um aus der gefährlichen Sackgasse herauszukommen, in die sich die Großmächte im Zuge des Kalten Krieges manövriert hatten.² Bereits unmittelbar nach 1945 war Churchill daran gelegen, mit der Sowjetunion ein Übereinkommen zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes zu schließen. Seine Pläne schlossen auch die schnelle Reintegration der Deutschen in die internationale Gemeinschaft der Nationen ein.³ Selbst in seiner berühmten Rede in Fulton im März 1946 wies Churchill darauf hin, daß der Kalte Krieg und die Teilung Europas so schnell wie möglich zu beenden seien, sollte ein nuklearer Weltkrieg noch rechtzeitig verhindert werden.⁴ Mittels zahlreicher ähnlicher öffentlicher Äußerungen versuchte er, seinen Ideen Aufmerksamkeit zu verschaffen. Churchills Begeisterung für Gipfelkonferenzen und persönliche Diplomatie lassen sich aber nicht nur während und nach dem Zweiten Weltkrieg feststellen, sondern sind bis auf die Jahre unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg zurückzuverfolgen. Schon 1914, als der vierzigjährige Churchill Chef des britischen Marineministeriums war, hatte er beispielsweise Admiral Tirpitz vorgeschlagen, das deutsch-britische Marinewettrennen mittels eines „Vieraugengesprächs“ aus der Welt zu schaffen.⁵ Churchill war 1914 wie während und nach dem Zweiten Weltkrieg tief davon überzeugt, daß er allein in der Lage sei, die vielen internationalen Probleme durch seine charismatische Überzeugungskraft zu lösen. Entgegen den konventionellen Interpretationen der Forschung stellte Churchills Gipfeldiplomatie nach dem Zweiten Weltkrieg also keinesfalls ein neues Phänomen dar, das sich auf sein Alter, seine allmähliche Senilität oder auf einen Mangel an anderen großen Themenbereichen zurückführen läßt, wie manche Forscher glauben.⁶ Tat-

-
- 2 Zu Churchills Außenpolitik zwischen 1951 und 1955 siehe auch meine folgenden Publikationen: Politik der Illusionen. Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage 1945–1955, Göttingen 1995 und Integrating Europe or Ending the Cold War? Churchill's post-war foreign policy, in: Journal of European Integration History, Bd. 2, Nr. 1 (1996), S. 15–49.
 - 3 Vgl. zum Beispiel Churchills „Foreign Affairs“-Rede, in: House of Commons Debates (künftig: H. C. Deb.), 5th series, Bd. 446, 23.1.1948, S. 560f.
 - 4 Churchills Rede, „The Sinews of Peace“, 5.3.1946, Westminster College, Fulton, Missouri, in: Robert Rhodes James (Hg.), Winston S. Churchill. His Complete Speeches, 1897–1963, Bd. 7: 1940–49, London 1974, S. 7292.
 - 5 Vgl. Martin Gilbert, Winston S. Churchill, Bd. 3: 1914–16, London 1971, S. 1f.; A. J. P. Taylor, The Statesman, in: Churchill. Four Faces and the Man, London 1969, S. 16–17.
 - 6 Vgl. Steven Fish, After Stalin's Death. The Anglo-American Debate over a New Cold War, in: Diplomatic History 10 (1986), S. 333–355; Josef Foschepoth, Churchill, Adenauer und die Neutralisie-

sächlich handelte es sich um die Fortsetzung einer schon lange von Churchill für richtig gehaltenen politischen Strategie.

In den ersten Nachkriegsjahren und zu Lebzeiten Stalins konnte Churchill sich angesichts der erschreckenden Realitäten der sowjetischen Machtpolitik in Osteuropa nicht entschließen, den Versuch einer Annäherung an Stalin zu wagen, um so nicht nur als erfolgreicher Kriegspremier, sondern auch als Friedenspolitiker, der den Kalten Krieg beendet hatte, in die Geschichte einzugehen.⁷ Als Stalin in seiner bekannten Note vom 10. März 1952 die Wiedervereinigung Deutschlands auf neutraler Basis vorschlug, beteiligte sich Churchill – trotz seiner bald darauf geäußerten recht ähnlichen Pläne – nicht an der hitzigen Debatte in der westlichen Welt über die Frage, ob Stalins Offerte ernst gemeint sei oder lediglich ein taktisches Manöver darstelle.⁸ Nicht Churchill, der erneut im Oktober 1951 im Alter von 78 Jahren zum britischen Premierminister gewählt worden war, sondern sein Außenminister Anthony Eden versuchte geheime und sehr informelle Verhandlungen mit seinem sowjetischen Kollegen einzuleiten. Zwar schlugen diese Bemühungen fehl, doch verdeutlichen sie, daß Eden anfänglich durchaus Churchills Pläne unterstützte, den Versuch zu wagen, eine Beilegung der Streitigkeiten mit der UdSSR zu erreichen.⁹

Als der Kreml am 5. März 1953 Stalins Tod verkündete und die Nachfolger des Diktators fast unmittelbar darauf damit begannen, eine Friedenskampagne zu initiieren¹⁰, versuchte Churchill, seine Entspannungspolitik zu verwirklichen. Er begann, sich verstärkt für die Einberufung einer Dreimächtekonferenz der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens einzusetzen.¹¹ Doch der neue amerikanische Präsident Eisenhower war von den Vorschlä-

zung Deutschlands, in: *Deutschland Archiv* 17 (1984), S. 1286–1301; Rolf Steininger, Ein vereintes, unabhängiges Deutschland? Winston Churchill, der Kalte Krieg und die deutsche Frage im Jahre 1953, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 34 (1984), S. 105–144; Andreas Hillgruber, *Alliierte Pläne für eine „Neutralisierung“ Deutschlands 1945–55*, Opladen 1987; David Carlton, *Großbritannien und die Gipfeldiplomatie 1953–55*, in: Bruno Thoß/Hans-Erich Volkmann (Hg.), *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953–1956*, Boppard 1988, S. 51–69; Donald Cameron Watt, *Churchill und der Kalte Krieg*, in: *Schweizer Monatshefte* 61, Sonderbeilage (1981), S. 1ff.; Anthony Seldon, *Churchill's Indian Summer. The Conservative Government, 1951–55*, London 1981, S. 396–409; John W. Young, *Winston Churchills Last Campaign: Britain and the Cold War, 1951–1955*, Oxford 1996.

7 Public Record Office, London (künftig: PRO): Foreign Office (künftig: FO) 371/106 537, 1044/2/53 G, 16.1.1953. Siehe auch John Colville, *The Fringes of Power. 10 Downing Street Diaries, 1939–1955*, London 1985, S. 660: Tagebucheintrag, 5.1.1953.

8 PRO: (Akten des Premierministers, künftig: PREM) 11/168, M.235/52, 13.4.1952. Zur Stalin-Note siehe nach wie vor Rolf Steininger, *Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952*, Bonn 1985; auch Gerhard Wettig, *Stalin and German Reunification: Archival Evidence on Soviet Foreign Policy in Spring 1952*, in: *Historical Journal*, Bd. 37, Nr. 2 (1994), S. 411–419. Zur Haltung der britischen Regierung siehe PRO: PREM 11/168; FO 800/793; FO 800/777.

9 Vgl. Hillgruber, *Alliierte Pläne*, S. 21.

10 Vgl. *Foreign Relations of the United States* (künftig: FRUS), 1952–54, Bd. VIII, S. 1132, 18.3.1953. Gute Überblicke über die diversen innen- und außenpolitischen Aktivitäten der Nachfolger Stalins sind zu finden in: PRO: FO 371/106 510/NS 1015/39; CAB 129/61, C.(53)187; PREM 11/420, 425; FO 371/125 037/ZP 9/18.

11 PRO: FO 371/106 537/NS 1071/22, 12.3.1953. Vgl. auch Churchill, „Oral Answers, Three-Power Talks“, in: *H. C. Deb.*, 5th series, Bd. 512, 12.3.1953, 1502; Peter G. Boyle (Hg.), *The Churchill-Eisenhower Correspondence, 1953–55*, Chapel Hill 1990, S. 31, 11.3.1953; FRUS, 1952–54, Bd. VIII, S. 1115–1116.

gen des Premierministers, die ihn im April und Mai 1953 erreichten, wenig begeistert.¹² Während Churchill die instabile Lage in der Sowjetunion nach dem Tode Stalins nutzen wollte, Verhandlungen aufzunehmen, um die Teilung Europas einschließlich Deutschlands zu überwinden,¹³ beabsichtigte Eisenhower, den allen Anschein nach tobenden Machtkampf im Kreml zu nutzen, um die UdSSR durch eine neue psychologische Kriegsführungsinitiative weiter zu destabilisieren. Teil dieser Strategie Eisenhowers war die „Chance for Peace“-Rede vom April 1953, mit der Eisenhower und sein enger Berater C. D. Jackson beabsichtigten, die in der westlichen Welt auf immer größere Resonanz stoßende sowjetische Friedenskampagne zu unterminieren.¹⁴ Doch selbst sein anti-kommunistischer Außenminister John Foster Dulles wies Eisenhower auf die möglicherweise fatalen Konsequenzen hin, die eine Strategie zur Ausnutzung der instabilen Lage in Moskau haben könne. Es sei keinesfalls auszuschließen, daß die neuen Führer womöglich überreagieren und einen Krieg entfesseln würden.¹⁵

Die deutsche Frage im Anschluß an Stalins Tod

Nach dem Tod Stalins nahmen die meisten westlichen Politiker und Diplomaten, einschließlich des westdeutschen Bundeskanzlers an, daß der Kreml im Zuge seiner Friedenskampagne plane, eine neue Offensive in der deutschen Frage zu beginnen. Insgesamt hielt man sie *a priori* aber für nicht sonderlich glaubwürdig. Moskau werde lediglich Zugeständnisse machen (beispielsweise ein Ende des Koreakrieges, die Amnestie politischer Häftlinge in der UdSSR, ein freundlicheres Umgehen mit westlichen Diplomaten und Regierungen etc.), die vorteilhaft für die Festigung der neuen kollektiven Führung seien und gleichzeitig von Moskau keine großen Opfer verlangten. Dennoch sorgte man sich in westlichen Regierungskreisen, daß der Kreml die Wiedervereinigungsangebote Stalins vom März 1952 wiederholen, vielleicht nachbessern und damit für die westdeutsche Öffentlichkeit noch attraktiver gestalten könne.¹⁶ Nur sechs Monate vor den auf September 1953 angesetzten nächsten Bundestagswahlen würden die Westmächte kaum in der Lage sein, ein neues sowjetisches Angebot zur Wiedervereinigung rundweg abzulehnen. In einem solchen Fall würde es sehr schwer sein, sich dem Druck der Öffentlichkeit zu widersetzen, eine internationale Konfe-

12 Vgl. Boyle, ebd., S. 31ff.

13 Vgl. Churchills Parlamentsrede vom 11.5.1953, in: H. C. Deb., 5th series, Bd. 515, S. 883–898.

14 Vgl. Klaus Larres, Eisenhower and the First Forty Days after Stalin's Death: The Incompatibility of Détente and Political Warfare, in: Diplomacy & Statecraft, Bd. 6, Nr. 2 (1995), S. 431–469; auch Walt W. Rostow, Europe after Stalin. Eisenhower's Three Decisions of March 11, 1953, Austin, Tx., 1982, S. 3ff.

15 Vgl. z. B. FRUS, 1952–54, Bd. VIII, S. 1120; auch Henry W. Brands Jr., Cold Warriors. Eisenhower's Generation and American Foreign Policy, New York 1988, S. 19, 123.

16 Vgl. Eisenhower Presidential Library, Abilene, Ks. (künftig: EPL): John Foster Dulles Papers, Drafts of Presidential Correspondence, Box 1, „Peace Plan Speech“, 20.3.1953; National Archives, Washington, D.C. (künftig: NARA): Lot 64D563, Policy Planning Staff (künftig: PPS) Records, 1947–53, Box 16, Folder Germany 1950–53, memorandum Fuller, 17.4.1953; PRO: FO 371/106 532/NS 10345/9, 9.4.1953; FO 371/103 660/C 1016/23, 28.3.1953; FO 371/106 510/NS 1015/39; FO 371/103 659/C 1916/16, 13.4.1953; FO 371/106 532/NS 10345/9, 9.4.1953; FRUS, 1952–54, Bd. VIII, S. 1138. Siehe auch Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979, Frankfurt/M. 1980, S. 144–145.

Invasion Hitlers sich nicht wiederholen können und daß Polen ein ihm freundlich gesinntes Land und ein Pufferstaat darstellen muß, wenn auch kein [...] Puppenstaat.“³⁵ Der Premierminister spielte mit dem Gedanken der Unterzeichnung eines Sicherheitspaktes zwischen der Sowjetunion und einem wiedervereinigten Deutschland, ähnlich dem Locarno-Vertrag von 1925. Ein solcher Sicherheitspakt sollte dann von Großbritannien garantiert werden.³⁶

Churchill „vergaß“ dabei, den USA eine Rolle in einem solchen Szenario zuzugestehen. Immerhin war es das Ziel der Politik Churchills, Großbritannien in die Lage zu versetzen, durch eine globale Politik der Entspannung mit den beiden Supermächten ökonomisch und militärisch gleichzuziehen und damit eine der großen Mächte der Welt zu bleiben. Der Premierminister war überzeugt, daß, falls keine Entspannung mit der Sowjetunion erreicht werden konnte und sich das internationale Rüstungswettrennen und der Kalte Krieg fortsetzten, Großbritannien immer weniger in der Lage sein würde, mit den anderen beiden Großmächten zu konkurrieren. Letztlich würde das Land für immer auf die militärische und ökonomische Unterstützung durch die USA angewiesen sein und faktisch einen Großteil seiner Unabhängigkeit verlieren. Falls es aber relativ schnell zu einer internationalen Entspannungspolitik kommen würde, dann könnte Großbritannien seine weltweiten militärischen Aufgaben herunterschrauben, sich ganz auf seine ökonomische und technologische Entwicklung konzentrieren und auch gar versuchen, eine britische Wasserstoffbombe zu entwickeln und damit eine der großen Mächte der Welt zu bleiben.³⁷

Churchills Plan, daß London eine globale Entspannungspolitik einläuten und sein Land die Garantiemacht für die Einhaltung des Friedens und der Sicherheit zwischen der Sowjetunion und einem vereinigten und neutralen Deutschland darstellen sollte, überschätzte jedoch bei weitem die Bedeutung und den Einfluß wie auch die militärischen Kapazitäten Großbritanniens in der Nachkriegszeit. Das britische Foreign Office, Außenminister Eden, die Mehrheit des Kabinetts wie auch die amerikanische Administration und Kanzler Adenauer in Bonn widersetzten sich daher den Plänen Churchills, nachdem diese spätestens gegen Ende Mai in ihrem vollem Umfang erkannt worden waren. Die Kritiker Churchills machten sich große Sorgen, daß kurz vor der Ratifikation der EVG, Churchills neue und wenig überzeugende Pläne das westliche Konzept unterminieren könnten, wie der Kalte Krieg zu führen und die deutsche Frage zu entschärfen seien. Sie befürchteten jedoch, daß Churchills Pläne in ihrer oberflächlichen Simplizität die breite Zustimmung der westlichen Öffentlichkeit gewinnen könnten.³⁸ Tatsächlich beurteilte die große Mehrheit der Bevölkerung in Großbritannien wie auch ein Großteil der Menschen in den USA und der Bundesrepublik die Vorschläge Churchills äußerst positiv.³⁹ Churchills Rede im Unterhaus vom

35 H. C. Deb., 5th series, Bd. 515, 11.5.1953, S. 896.

36 PRO: FO 371/103 660/C 1016/32, 19.5.1953; PREM 11/449, M 178/53, 31.5.1953. Vgl. auch: H. C. Deb., 5th series, Bd. 515, 11.5.1953, S. 896f.

37 PRO: FO 371/103 704/C 1073/4, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 14.5.1953. Vgl. auch: C 1073/3, FAZ, 12.5.1953; Watt, Churchill, S. 18.

38 Birmingham University Archive, UK: Avon Papers (künftig: AP), AP 20/16/127, 25.6.1953; AP 20/1/30, Tagebucheintrag Eden, 27.11.1954. Siehe auch Robert Rhodes James, Anthony Eden. London 1986, S. 365.

39 Für die Reaktion der westdeutschen Presse siehe: PRO: FO 371/103 704/C 1073/3–4; FO 371/103 664/C 1071/8; für die deutsche öffentliche Meinung Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann (Hg.), Antworten. Politik im Kraftfeld der öffentlichen Meinung, Allensbach 1954, S. 119–164. Für die öffentliche Meinung in Großbritannien siehe George H. Gallup (Hg.), The Gallup International Opinion Poll. Great Britain, 1937–1975, Bd. 1: 1937–64, London 1976, S. 253ff., 295ff. Für die USA vgl. Ha-

11. Mai trug dazu bei, daß in den westlichen Hauptstädten neue hochgeheime Anstrengungen unternommen wurden, Alternativlösungen für die EVG und die deutsche Westintegration auszuarbeiten. Immerhin schien der Plan Churchills erstmals die Möglichkeit zu enthalten, daß der Kalte Krieg und die Drohung aus dem Osten bald der Vergangenheit angehören mochten. Unter diesen Umständen wurde es immer unwahrscheinlicher, daß das französische Parlament der EVG zustimmen würde. Anders als Großbritannien, das sich geweigert hatte, der EVG beizutreten, wenn es auch eng mit ihr kooperieren wollte, war klar, daß Paris durch die EVG immerhin seine militärische Souveränität aufgeben und den größten Teil seiner Streitkräfte mit der europäischen Armee verschmelzen müßte. In Washington und London wie auch in Bonn wurden daher Pläne über die Schaffung von demilitarisierten Zonen in Zentraleuropa ausgearbeitet, um gewappnet zu sein, falls die Franzosen es ablehnten, den EVG-Vertrag zu ratifizieren und Churchill möglicherweise einen Teilerfolg mit seiner Politik erzielt.⁴⁰

Churchill und Adenauer

Churchills Pläne in bezug auf die Zukunft Deutschlands führten zu „äußerst kritischen Erörterungen“ bei Adenauer und seinen Beratern.⁴¹ Der Kanzler war entsetzt über die Rede des Premierministers vom 11. Mai und sehr beunruhigt über die „Unzuverlässigkeit“ Churchills.⁴² Die großen Meinungsunterschiede zwischen den beiden Politikern ließen sich bei dem schon lange geplanten Staatsbesuch des Kanzlers in London Mitte Mai nicht ausräumen.⁴³ Während Adenauers drei längeren Gesprächen mit dem Premierminister gelang es ihm nicht, diesen von dem Risiko seiner Gipfelpläne zu überzeugen.⁴⁴ Churchill vermochte ebenfalls nicht, die Befürchtungen des Kanzlers zu zerstreuen. Der Regierungschef versicherte jedoch, Großbritannien werde keine Verpflichtungen zu Lasten Deutschlands eingehen.⁴⁵ Auch erklärte Churchill, daß er mit seinem Hinweis auf den Locarno-Pakt von 1925

zel Gaudet Erskine, *The Cold War. Report from the Polls*, in: *Political Science Quarterly* 25 (1961), S. 302f.; *The Polls. Defense, Peace, and Space*, in: ebd., S. 487–489; Richard G. Niemi u. a. (Hg.), *Trends in Public Opinion. A Compendium of Survey Data*, New York 1989, S. 52–70.

- 40 Vgl. PRO: FO 371/103 704/C 1073/10, 27.7.1953; FO 371/103 665/C 1071/60/G, 17.6.1953; FO 371/103 704/C 1073/10, 27.7.1953; auch Hermann-Josef Rupieper, *Wiedervereinigung und europäische Sicherheit. Deutsch-amerikanische Überlegungen für eine entmilitarisierte Zone in Europa 1953*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 39 (1986), S. 94–97; Helga Haftendorn, *Adenauer und die europäische Sicherheit*, in: Dieter Blumenwitz u. a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Bd. 2: *Beiträge der Wissenschaft*, Stuttgart 1976, S. 98–99.
- 41 Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung*, S. 148; FRUS, 1952–54, Bd. VII, S. 456f., 13.5.1953; EPL: Ann Whitman File, *International Series*, Box Nr. 13, *Akte Germany 1953 (5)*, ca. Mitte Mai 1953.
- 42 PRO: FO 371/103 665/C 11071/60 G, 17.6.1953. Vgl. auch: Steininger, *Ein vereintes, unabhängiges Deutschland?*, S. 129; Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung*, S. 155.
- 43 PRO: FO 800/794; FO 371/103 705/C 1074/15, 16.5.1953; Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, Stuttgart 1966, S. 205ff.; FRUS, 1952–54, Bd. VII, S. 458f., 29.5.1953.
- 44 Vgl. zu dem Protokoll der Unterredung zwischen Churchill und Adenauer am 15.5.1953, PRO: FO 800/794, GE/53/11.
- 45 Ebd.

nicht die genauen Bestimmungen des Vertrages im Auge gehabt habe, sondern den „Geist von Locarno“ meine.⁴⁶

Insgesamt konnten Churchill und das Foreign Office Adenauers Sorgen aber nicht zerstreuen. Fortan wies der Kanzler immer wieder auf die Gefährlichkeit einer Realisierung der Pläne Churchills hin und zog die Schlußfolgerung, daß es galt, „auf der Hut zu sein“. Der britische Regierungschef werde „nichts unversucht lassen“, um einen letztlich zu Lasten der Bundesrepublik gehenden Ost-West-Ausgleich herbeizuführen.⁴⁷ Gegenüber dem französischen Hochkommissar bezeichnete der Kanzler Churchills Initiative dann auch als „gefährlich und peinlich“. Immerhin habe er, Adenauer, sein politisches Überleben auf die erfolgreiche Westintegration der Bundesrepublik gesetzt und sich keinerlei Manövrierraum in bezug auf die Einberufung einer Gipfelkonferenz mit der Sowjetunion gelassen. Eine solche aber lehne er ab, bevor nicht eine westliche Position der Stärke erreicht worden sei, wovon man derzeit noch weit entfernt sei. Daher befürchte er, der Vorstoß aus London könnte seine gesamte außenpolitische Arbeit zunichte machen.⁴⁸ Die Bestätigung für diese Ansicht erhielt der Kanzler schon recht bald. Ende Mai wurde deutlich, daß der westdeutschen Presse die über die Mai-Rede weit hinausgehenden Neutralisationspläne Churchills bekannt geworden waren.⁴⁹ Adenauer und die Eisenhower-Regierung in Washington waren entsetzt. Trotz der Rede Churchills vom 11. Mai und seiner diversen Andeutungen hatte man nicht damit gerechnet, daß der Premierminister tatsächlich ohne weitere Konsultationen bereit sein könnte, die Existenz des westlichen Bündnisses und die so fundamental wichtige Westintegration der Bundesrepublik zu gefährden.

Seit der Rede Churchills im Unterhaus Mitte Mai 1953 arbeiteten der deutsche Bundeskanzler und der amerikanische Außenminister eng zusammen, um Churchills Pläne zu vereiteln. Gleichzeitig gelang es ihnen geschickt, die deutsche Öffentlichkeit zu überzeugen, daß Adenauer durchaus großes Interesse an einem westlichen Gipfeltreffen mit der Sowjetunion hatte, um die deutsche Einheit zu erreichen.⁵⁰ Tatsächlich war der deutsche Kanzler ernsthaft besorgt, daß ein Gipfeltreffen vor den Bundestagswahlen im September seine Pro-EVG-Position schwächen und die Attraktivität der SPD stärken würde, die zudem nichts gegen eine Wiedervereinigung auf neutraler Basis einzuwenden hatte.⁵¹ Daneben war Adenauer auch prinzipiell gegen eine Drei- oder Viermächtekonferenz der Großmächte über

46 Ähnlich äußerte sich William Strang, der höchste Beamte im Foreign Office, gegenüber dem türkischen Botschafter in London am 10.6.1953, PRO: FO 371/103 704/C 1073/7; vgl. auch FO 800/794, GE/53/11, 15.5.1953; FO 371/103 705/C 1074/15, 16.5.1953; FO 371/103 894/CW 1013/19, 19.5.1953; Adenauer, *Erinnerungen 1953–55*, S. 207, 210f.; Hanns Jürgen Küsters (Bearb.), *Adenauer. Teegespräche 1950–1954*, Berlin ²1985, S. 464–466; Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957*, Wiesbaden 1981, S. 206.

47 PRO: FO 371/103 705/C 1074/15, 16.5.1953; Adenauer, *Erinnerungen 1953–55*, S. 205, 208f. Vgl. zu der Sorge Adenauers über Churchills Pläne auch: FRUS, 1952–54, Bd. VII, S. 458f; PRO: FO 371/103 664/C 1071/34, 10.6.1953.

48 PRO: PREM 11/449, 14.6.1953; bes. PM/MS/53/243, 18.6.1953; FO 371/103 665/C 1071/42, 12.6.1953. Vgl. auch: Coral Bell, *Negotiation from Strength. A Study in the Politics of Power*, London 1962.

49 PRO: FO 371/103 660/C 1016/33, 29.5.1953.

50 Vgl. NARA: RG 59, 762A.00/6–2653, Nr. 5485, 26.6.1953; PPS 64D563, Box 20029, Folder „Germany, 1953“, Memorandum Beam an Bowie, 30.6.1953; 396.1–WA/7–1753, 17.7.1953. Siehe detaillierter zu der recht komplizierten Episode vor allem Larres, *Politik der Illusionen*, Kapitel 4.

51 Vgl. PRO: PREM 11/449, 12.6.1953.

die Zukunft Deutschlands. Er fürchtete, daß dann die Zukunft der Bundesrepublik hinter seinem Rücken entschieden und womöglich gar ihre Westintegration ernsthaft in Frage gestellt werden würde.⁵² Adenauers Strategie bestand darin, Großbritannien und die USA gegeneinander auszuspielen und letztlich die Interessen der Bundesrepublik in Washington und gegen London durchzusetzen. Er hatte kein Interesse daran, als Vermittler zwischen den anglo-amerikanischen Mächten aufzutreten.⁵³ Schließlich konnte er sich auch nicht sicher sein, daß die ablehnende Haltung der USA gegenüber Churchills Initiative von Dauer sein würde. Insgesamt führte die Rede Churchills zu einer deutlichen Abkühlung der britisch-deutschen Beziehungen.⁵⁴ In Paris betrachtete man dagegen Churchills Pläne und die Entwicklung seit Stalins Tod nicht ohne ein gewisses Wohlwollen.

Die Politik Frankreichs nach Stalins Tod

Anfänglich mißtrauten aber auch die Franzosen der sowjetischen Friedenskampagne.⁵⁵ Premierminister René Mayer und sein Außenminister Georges Bidault waren zuerst gegen die Einberufung einer Gipfelkonferenz, da sie überzeugt waren, daß die Sowjetunion alles tun würde, um eine einmal einberufene Konferenz möglichst in die Länge zu ziehen.⁵⁶ Zudem befürchteten sie, daß Moskau die Gelegenheit nutzen werde, um die während der Potsdamer Konferenz erreichte Lösung der deutschen Frage wieder aufzurollen. Die Regierung in Paris war jedoch überzeugt, daß jede Weiterentwicklung der deutschen Frage für Frankreich nur negative Folgen haben könnte und daher abzulehnen sei.⁵⁷ Im Zuge der immer offensiveren sowjetischen Friedenskampagne gelangte man aber in Paris Ende April zu der Überzeugung, daß die neue Malenkow-Regierung im Kreml in aller Kürze eine Viermächtekonferenz vorschlagen würde, um vor allem die deutsche Frage neu zu verhandeln.⁵⁸ Die französische Regierung befürchtete, daß die neue Führung in Moskau unter allen Umständen die Westintegration der Bundesrepublik verhindern wollte und daher möglicherweise der deutschen Wiedervereinigung zustimmen würde. Paris hielt es sogar für möglich, daß Moskau bereit sein könnte, dem westlichen Beharren auf freie gesamtdeutsche Wahlen nachzukom-

-
- 52 Hinsichtlich Adenauers „Potsdam-Komplex“ siehe Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 827ff.; auch Henning Köhler, Adenauer. Eine Politische Biographie, Frankfurt/M. 1994, S. 805ff.
- 53 Günter Buchstab (Bearb.), Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden...“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, Stuttgart 1986, S. 518ff.; auch: Küsters (Bearb.), Teegespräche, S. 467.
- 54 Dies steht im genauen Gegensatz zu der durch nichts zu begründenden Aussage von Blankenhorn, Verständnis und Verständigung, S. 152, daß Adenauer durch seinen Besuch im Mai 1953 den Grundstein für eine „britisch-deutsche Bündnisgemeinschaft“ gelegt habe.
- 55 Siehe: FRUS, 1952–54, Bd. VIII, S. 1145, 11.4.1953; Bd. IV, S. 1334f., 28.3.1953.
- 56 FRUS, 1952–54, Bd. VI, S. 1343, 16.4.1953; auch PRO: FO 800/698, 28.4.1953; und John L. Gerson, John Foster Dulles, New York 1967, S. 129ff.; Fish, After Stalin's Death, S. 335.
- 57 Dies berichtete der britische Diplomat William Hayter aus Paris. Er fügte hinzu: „Fundamentally, the present position in Germany suited the French better than any alternative. But of course they could not say this publicly, nor could they make it an objective of their policy, and if negotiations on Germany began they would not sabotage them. Their only hope was that such negotiations might be avoided as long as possible.“ PRO: FO 371/103 659/C 1016/16, 13.4.1953. Vgl. auch: FRUS, 1952–54, Bd. 6, S. 1342f., 9.4.1953.
- 58 PRO: FO 371/106 094/N 1191/12, 25.4.1953; PRO: FO 371/103 664/C 1071/2, 23.4.1953.

men und die DDR aufzugeben.⁵⁹ Doch erkannte man in Frankreich schon bald die Möglichkeit, den Spieß umzudrehen und Moskaus Friedenskampagne und die allem Anschein nach neue moderate sowjetische Politik für die Durchsetzung der eigenen deutschlandpolitischen Ziele auszunutzen und entweder die Wiederbewaffnung oder die Wiedervereinigung und im besten Falle sogar beides zu verhindern.⁶⁰ Immerhin wurde der Widerstand in der französischen Nationalversammlung gegen die EVG und die deutsche Wiederbewaffnung immer stärker.⁶¹ Die französische Regierung beschloß daher, selbst die Initiative zu ergreifen.

Gegenüber westlichen Politikern deuteten Mayer und Bidault an, daß sie planten, während des Treffens der NATO-Außenminister vom 23. bis 25. April 1953 in Paris, die Einberufung einer Viermächtekonferenz vorzuschlagen.⁶² Die beiden Politiker hofften, daß eine erfolgreiche Gipfelkonferenz zum Abschluß eines Abrüstungsvertrages mit Moskau führen würde und damit die deutsche Wiederbewaffnung vermieden werden könnte. Bidault dachte zudem an die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Sicherheitssystems, um eine eventuelle zukünftige Wiedervereinigung Deutschlands akzeptabler zu gestalten.⁶³ Er fürchtete, daß ansonsten ein Vakuum in der Mitte Europas entstehen könne, welches früher oder später von der Sowjetunion ausgefüllt werden mochte. Das würde aber nur dazu führen, daß die von der Sowjetunion ausgehende Bedrohung durch eine neue deutsche Gefahr ergänzt werde.⁶⁴ Falls die von Paris geplante Gipfelkonferenz aber zu keinem Ergebnis führe, werde es trotzdem Vorteile für die französische Regierung geben. In einem solchen Fall war den Gegnern der deutschen Wiederbewaffnung in Frankreich demonstriert worden, daß ein Abkommen mit Moskau trotz aller Bemühungen nicht möglich war und daher die westdeutsche Wiederbewaffnung und Westintegration im Rahmen der EVG akzeptiert werden müsse, was wiederum die Wiedervereinigung ausschloß.

59 Die Franzosen basierten ihre neue Interpretation der sowjetischen Außenpolitik größtenteils auf Moskaus Reaktion (zu lesen in der Pravda vom 25. April) auf die am 16. April gehaltene „Chance for Peace“-Rede Eisenhowers. Der Pravda-Artikel ist teilweise abgedruckt in Royal Institute of International Affairs (Hg.) (künftig: RIIA), Documents on International Affairs, 1953, London 1956, S. 51–57. Vgl. auch: Churchill, „Oral Answers“, in: H. C. Deb., Bd. 514, 29.4.1953, 2142; Steininger, „Ein vereintes, unabhängiges Deutschland?“, S. 115f.; und die interessante Analyse George Kennans in: EPL: Jackson Papers, Records, 1953–54, Box Nr. 4, Folder Kennan, 25.4.1953. Wie Bidault folgerte Kennan, die neue Malenkov-Regierung sei „definitely interested in pursuing with us the effort to solve some of the present international difficulties“. Für die ganz andere Interpretation Eisenhowers siehe Bowie/Immerman, *Waging Peace*, S. 121f.

60 Der französische Diplomat Lebel berichtete seinem britischen Kollegen Allen in London: „[that] ... it was likely to be the French Government's view that the Western Powers should keep a very open mind about any future Russian approaches, for instance on the question of German unity, and be careful to avoid any appearance of wishing to reject such approaches in advance or to discourage them by an over-rigid and over-cautious attitude.“ PRO: FO 371/103 951/CW 10345/9, 13.4.1953.

61 Vgl. FRUS, 1952–54, Bd. 8, S. 406; auch Saki Dockrill, *Britain's Policy for West German Rearmament, 1950–55*, Cambridge 1991, S. 114; und PRO: FO 371/103 666/C 1071/62, 29.6.1953. Der britische Diplomat Hancock kommentierte einige Tage später: „The fact is that M. Bidault and a lot of other Frenchmen want neither the EDC nor a reunited Germany. They want, in fact, to maintain the present situation, just as King Canute did“. Ebd., 1.7.1953.

62 Zu den Gesprächen während der Konferenz siehe: FRUS, 1952–54, Bd. 5, S. 368–397; Her Majesty's Stationary Office (Hg.), *Command Paper*, Nr. 8838 und *Miscellaneous*, Nr. 5; PRO: PREM 11/369.

63 PRO: PREM 11/429, 25.4.1953; FO 371/106 537/NS 1071/57, 25.4.1953; FO 371/125 032/ZP 3/25, 17.–22.4.1953.

64 PRO: PREM 11/429, 25.4.1953.

Während der Außenministerkonferenz in Paris schlug Bidault seinem amerikanischen und britischen Kollegen vor, das Thema Abrüstung an die Spitze einer internationalen Konferenz mit der Sowjetunion zu stellen. Als Churchill kurze Zeit später seine Rede vom 11. Mai hielt, hatten die Franzosen bereits einen Brief an London und Washington vorbereitet, der eine Gipfelkonferenz mit der Sowjetunion vorschlug, doch war der Brief auf amerikanischen Druck noch nicht abgeschickt worden. Mayer und Bidault waren daher verärgert über die Rede Churchills, die ihnen die Initiative in der Sache entriß.⁶⁵ Entgegen den in der Presse zu lesenden Berichten kritisierten die beiden französischen Politiker aber nicht die Substanz des Churchill-Vorschlags, für die sie großes Verständnis hatten.⁶⁶ Mayer und Bidault – wie auch die meisten anderen führenden französischen Politiker – waren im Prinzip mit der Einberufung einer Viermächtekonferenz einverstanden, wenn auch aus ganz anderen Gründen als Churchill.⁶⁷ Zwei Tage nach der Rede des Premierministers im britischen Unterhaus verabschiedete auch die französische Nationalversammlung eine Resolution, die die Großmächte dazu aufrief, eine Viermächtekonferenz einzuberufen.⁶⁸ Doch die Regierungen in London und Washington wiesen die französische Anregung zurück. Sowohl das britische als auch das amerikanische Außenministerium waren weder von der vorgeschlagenen Tagesordnung, durch die das Thema Abrüstung an die erste Stelle der Diskussion gesetzt worden war, noch von der Notwendigkeit einer solchen Konferenz mit der Sowjetunion überzeugt.⁶⁹ Der französische Plan, der nie veröffentlicht wurde, geriet allmählich in Vergessenheit. Der britische Diplomat Paul Mason repräsentierte die Meinung vieler westlicher Politiker als er in einem internen Memorandum schrieb, daß es kein Grund zur Eile gäbe. Moskau betreibe ein langes und vorsichtiges Spiel und sei keinesfalls dabei, in aller Kürze eine Gipfelkonferenz vorzuschlagen.⁷⁰ Sein Kollege P. F. Hancock war überzeugt, daß die Sowjetunion noch gar nicht entschieden habe, was hinsichtlich der deutschen Frage zu tun sei und daß Moskau keinesfalls bereit sei, die Ostzone aufzugeben und damit das Risiko der Instabilität in ganz Osteuropa einzugehen.⁷¹ Zudem galt die Aufmerksamkeit der Experten in London und Washington nicht so sehr den französischen Plänen, sondern dem viel gefährlicheren, da populäreren Vorhaben Churchills.

Doch die Franzosen waren noch nicht bereit, ihre Pläne so einfach zu begraben. Am 20. Mai schlug Mayer Eisenhower und Churchill brieflich vor, eine Gipfelkonferenz der westlichen Regierungschefs einzuberufen.⁷² Der französische Premierminister hoffte, ein

65 PRO: FO 371/106 538/NS 1071/82, 14.5.1953.

66 PRO: FO 800/700, PM/MS/53/155, 19.5.1953.

67 Diese Interpretation unterscheidet sich von derjenigen der meisten Historiker, die über die französische Haltung zu Churchills Rede geschrieben haben. In der Regel wird der französische Vorschlag hinsichtlich einer Abrüstungskonferenz und Bidaults bereits aufgesetzter Brief übersehen. Vgl. z. B. Steininger, „Ein vereintes, unabhängiges Deutschland?“, S. 118; David Carlton, Großbritannien und die Gipfeldiplomatie, S. 55f.; Martin Gilbert, Winston S. Churchill, Bd. 8: Never Despair, 1945–1965, London 1990, S. 833; John W. Young, Churchill, the Russians and the Western Alliance: The Three-Power Conference at Bermuda, December 1953, in: English Historical Review, Bd. 101, Nr. 401 (1986), S. 891–893; Hermann-Josef Rupieper, Der besetzte Verbündete: Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955, Opladen 1991, S. 315f.

68 Vgl. RIIA (Hg.), Survey of International Affairs, 1953, London, 1956, S. 21.

69 Ebd.

70 PRO: FO 371/106 537/NS 1071/57, 25.4.1953.

71 PRO: FO 371/103 664/C 1071/9, 6.5.1953.

72 Vgl. Young, Churchill, the Russians, S. 893f.

solches Treffen dazu zu nutzen, um sicherzustellen, daß Paris an einer eventuellen Konferenz der Großmächte beteiligt sein würde. Immerhin hatte Churchill in seiner Rede vom 11. Mai lediglich von einer Konferenz der Großen Drei gesprochen und scheinbar vergessen, Frankreich zu erwähnen. Zudem war am 21. Mai eine Vertrauensabstimmung im französischen Parlament über die Finanzpolitik der Regierung Mayer geplant. Der Regierungschef hoffte, daß die Ankündigung einer großen internationalen Konferenz unter französischer Beteiligung sein politisches Überleben sichern würde.⁷³ Churchill fand natürlich Gefallen an der Idee einer westlichen Konferenz, die seinen eigenen Plänen sehr entgegenkam. Er versuchte, Druck auf Eisenhower auszuüben, dem Vorschlag Mayers und einer Konferenz der Westmächte beispielsweise auf Bermuda, das britisches Territorium war, zuzustimmen. Churchill beabsichtigte ein solches Treffen zu nutzen, um den amerikanischen Präsidenten im Vieraugengespräch von seinen Gipfelplänen mit der Sowjetunion zu überzeugen. Er verkündete im Unterhaus, daß er die große Hoffnung habe, daß während der Bermuda-Konferenz „ein entscheidender Schritt zu einem Treffen von weit größerer Wichtigkeit gemacht werden könne“.⁷⁴

Eisenhower stimmte dem vorgeschlagenen Treffen auf Bermuda nach einem gewissen Zögern schließlich zu, da er wiederum hoffte, den britischen Premierminister davon zu überzeugen, seine illusorischen Pläne aufzugeben.⁷⁵ Doch Mayer verlor die Vertrauensabstimmung im französischen Parlament trotz der Ankündigung der Bermuda-Konferenz. Vier Wochen lang gelang es keinem französischen Politiker, eine neue Regierung zu bilden. Bis Joseph Laniel als neuer Regierungschef am 27. Juni vereidigt werden konnte, mußte der Termin für die Konferenz der westlichen Regierungschefs immer wieder hinausgeschoben werden.⁷⁶ Doch am 17. Juni hatte bereits der Aufstand in der DDR stattgefunden, wodurch sich die Situation hinsichtlich einer sowjetischen Offensive in der deutschen Frage grundsätzlich anders stellte. Es war nun kaum zu erwarten, daß der Kreml es sich leisten konnte, die Ostzone aufzugeben, um die deutsche Wiedervereinigung auf neutraler Basis zu erreichen, mußte dies doch in der neuen Situation wie ein klares Eingeständnis der Schwäche aussehen. Die Notwendigkeit der Einberufung einer Konferenz der westlichen Regierungschefs hatte damit zumindest für Eisenhower erheblich an Gewicht verloren. Immerhin waren die Aussichten für einen Erfolg der Gipfelpläne des britischen Regierungschefs durch den Aufstand vom 17. Juni sehr zurückgegangen. Eisenhower benötigte seiner Ansicht nach

73 PRO: FO 800/700, PM/MS/53/155, 19.5.1953; PRO: FO 800/700, 16.5.1953; auch: PRO: PREM 11/1074; Young, ebd., S. 889, 893f.; Georgette Elgey, *Histoire de la IV^e République*, Bd. 2: *La République des Contradictions, 1951–54*, Paris 1968, S. 323; Frank Giles, *The Locust Years: The Story of the Fourth French Republic, 1946–1958*, London 1991, S. 194–197; Steininger, „Ein vereintes, unabhängiges Deutschland?“, S. 118.

74 H. C. Deb., Bd. 515, 21.5.1953, 2263. Er wiederholte dies gar am 9. Juni, vgl. Bd. 516, S. 29.

75 Boyle (Hg.), *Correspondence*, S. 57, 21.5.1953; PRO: PREM 11/520, 21.5.1953 und ebd., T160/53, 22.5.1953.

76 Zwar hatte sich Churchill bemüht, den Präsidenten dazu zu bewegen, die Konferenz ohne die Franzosen stattfinden zu lassen, doch wies Eisenhower das zurück. Erst am 19. Juni stimmte er zu, daß die Bermuda-Konferenz am 8. Juli mit oder ohne französische Repräsentanten beginnen sollte. Churchill hatte angedeutet, daß er andernfalls nach Moskau reisen werde, um alleine mit Malenkow zu reden. Siehe: Moran, *Churchill: The Struggle for Survival*, S. 406; Tagebucheintrag, 16.6.1953; auch: NARA: RG 59, 741.13/5–2853, 28.5.1953; PRO: PREM 11/520; Boyle (Hg.), *Correspondence*, S. 61–80.

keine Konferenz mehr, um Churchill von seinen Plänen abzubringen.⁷⁷ Churchill sah dies anders. Er bestand mehr denn je auf der Einberufung der Bermuda-Konferenz. Vor allem versuchte der britische Premierminister, die Bedeutung des Aufstandes in der DDR herunterzuspielen, um doch noch eine Drei- oder Viermächtekonferenz mit den USA und der neuen Führung in der Sowjetunion durchsetzen zu können.

2. Der Westen und der Aufstand in der DDR

Gleich im Anschluß an die ersten Nachrichten von den Ereignissen in Ost-Berlin und in anderen Städten der DDR fürchteten Churchill und seine Berater, daß Washington zu der Ansicht gelangen könnte, der Aufstand in der DDR stelle eine ideale Gelegenheit dar, um der sowjetischen Regierung weitere politische und militärische Probleme zu bereiten. Tatsächlich wurde in Washington kurz erörtert, die Demonstranten in der DDR aufzufordern, sich direkt gegen die Ulbricht-Regierung zu wenden, um auf diese Weise das Regime vielleicht entscheidend zu schwächen. Doch trotz dieser und ähnlicher Überlegungen unternahm Washington letztlich nichts, um den Aufstand in der DDR für eine Befreiungspolitik auszunutzen. Eine solche Politik wäre zudem auch auf den strikten Widerstand von Dulles und dem State Department gestoßen und hätte wohl auch im Pentagon wenig Unterstützung gefunden. Der Präsident war sich zudem bewußt, daß die öffentliche Meinung in den USA solch eine Reaktion ebenfalls nicht befürwortet hätte.⁷⁸ Insgesamt führten in der westlichen Welt das Nichtvorhandensein von friedlichen Alternativen und eine große Portion Wunschenken zu einer anfänglich recht konfusen Beurteilung der Ereignisse in der DDR.⁷⁹ Mit einer solchen Entwicklung war nicht gerechnet worden, und man kam schnell zu der Überzeugung, man dürfe sich nicht in die Unruhen hineinziehen lassen. Natürlich protestierten die drei Westalliierten und Kanzler Adenauer energisch bei der sowjetischen Hohen Kommission und dem sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin.⁸⁰ Auch erörterte der amerikanische Nationale Sicherheitsrat, ob die Verletzung der Menschenrechte durch die Sowjets in der Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Sprache gebracht werden sollte.⁸¹ Aber im großen und ganzen wußten die westlichen Staatsmänner nicht, wie sie reagieren sollten. Insbesondere waren sie entschlossen, die Aufständischen nicht aktiv zu unterstützen. Die USA weigerten sich sogar, Ernst Reuter, dem populären, sich in Wien auf einer Konferenz befindenden Regierenden Bürgermeister von Berlin, ein amerikanisches Militärflugzeug zur

77 Zudem erlitt Churchill am 23. Juni einen ernsthaften Schlaganfall, der ihn wochenlang außer Gefecht setzen sollte. Vgl. Larres, *Politik der Illusionen*, S. 182–184.

78 Vgl. Larres, *Eisenhower and the First Forty Days after Stalin's Death*, S. 448–454.

79 Vgl. zu den USA und dem 17. Juni: Christian F. Ostermann, „Keeping the Pot Simmering“: The United States and the East German Uprising of 1953, in: *German Studies Review*, Bd. 19, Nr. 1 (1996), S. 61–89; auch ders., „Die Ostdeutschen an einen langwierigen Kampf gewöhnen“. Die Vereinigten Staaten und der Aufstand vom 17. Juni 1953, in: *Deutschland Archiv* 30 (1997), S. 350ff.; Valur Ingimundarson, *The 1953 East German Uprising*, in: *Diplomatic History*, 20 (1996), S. 381–409. Vgl. auch: Klaus Larres, *Neutralisation oder Westintegration? Churchill, Adenauer, die USA und der 17. Juni 1953*, in: *Deutschland Archiv* 27 (1994), S. 568–585.

80 Vgl. PRO: FO 371/103 841/CS 1016/107, M.215/53, 19.6.1953; FO 371/103 842f., PRO: PREM 11/673, Juni 1953.

81 NARA: RG 59, 762B.00/6–2553, 25.6.1953; 762B.00/8–1053, 10.8.1953.

Verfügung zu stellen, um so schnell wie möglich in die Stadt zurückzukehren. Washington fürchtete, daß Reuters Anwesenheit in Berlin und seine bekannte Fähigkeit zu emotionalen Reden, die Situation in der geteilten Stadt nur weiter anheizen werde.⁸²

Die Ereignisse in der DDR wurden ausführlich während einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am 18. Juni erörtert. Fast alle Redebeiträge drückten eine gewisse Zufriedenheit über die Probleme der Sowjetunion in ihrer Einflußzone in Deutschland aus. Wie schon in den Tagen nach Stalins Tod Anfang März wurde das Psychological Strategy Board (PSB) aufgefordert, eine politische Analyse auszuarbeiten, „um die Unruhen in den Satellitenstaaten auszunutzen [...]“. Hinsichtlich der eventuellen Einberufung einer Viermächtekonferenz wies C. D. Jackson, Eisenhowers Berater für Psychologische Kriegsführung, darauf hin, daß die Ostberliner den sowjetischen Wunsch nach einer solchen Konferenz zunichte gemacht hatten. Es konnte angenommen werden, daß Moskau nun kaum mehr an der Teilnahme an einer solcher Konferenz interessiert sein würde. Eisenhower stellte erleichtert fest, daß Washington jetzt über gewichtige Argumente verfügte, um den wiederholten recht unbequemen Vorschlägen des britischen Premierministers Churchill eine Abfuhr zu erteilen.⁸³ Es war schließlich kaum möglich, sich mit einer Macht am Verhandlungstisch zu treffen, die gerade Dutzende von friedlichen Demonstranten in der DDR getötet und verwundet hatte. Dulles erkannte sofort, daß der Aufstand in der DDR den USA eine „hervorragende Propagandagelegenheit“ gegeben hatte.⁸⁴ Auch in der Öffentlichkeit und in den internationalen Medien wurde nun eine Gipfelkonferenz mit Moskau zunehmend kritischer beurteilt. Die vielgelesene britische Zeitschrift *The Economist* kommentierte etwa, die Ereignisse in Ost-Berlin sollten den Westen daran erinnern, daß Churchills Spielereien mit der Idee von Locarno die Tragödie im Osten vollkommen ignorierte. Der Geist einer neuen Beschwichtigungspolitik, die in London und in einigen anderen westeuropäischen Ländern zu beobachten sei, müsse bekämpft werden.⁸⁵

Churchill, das britische Foreign Office und der 17. Juni

Als Churchill erkannte, daß die Politiker in Washington, aber auch sein eigenes Foreign Office, beabsichtigten, die Ereignisse in der DDR zu nutzen, um seine Gipfeldiplomatie zu unterminieren, versuchte er die Bedeutung des Aufstandes in Ost-Berlin herunterzuspielen. In seiner Funktion als amtierender Außenminister (Eden mußte sich mehreren ernsten Galenoperationen unterziehen) erklärte er, daß die sowjetische Reaktion auf den Aufstand in der DDR als Antwort auf eine plötzlich auftretende Notsituation verstanden werden müsse.⁸⁶ Der Westen sollte daraus nicht schließen, daß die diversen Anzeichen, die seit Stalins Tod auf die Bereitschaft des Kreml schließen ließen, mit dem Westen zu kooperieren, um den Kalten Krieg zu überwinden, nicht ernst gemeint gewesen seien. Churchill

82 Vgl. Arnulf Baring, *Der 17. Juni 1953*, Bonn 1957, S. 62; Rainer Hildebrandt, *Der 17. Juni: Zehn Erlebnisgeschichten*, Berlin 1987, S. 57. Siehe auch die Anschuldigungen des Journalisten Norbert Mühlen in einem Beitrag mit dem Titel: „How the West Betrayed East German Revolt“, in: *The New Leader*, Bd. 36, 7.9.1953, S. 2–5 (NARA: RG 59, 762B.00/9–453, 4.9.1953).

83 Vgl. FRUS, 1952–54, Bd. VII, S. 1587f.

84 NARA: RG 59, 762B.00/6–1753, 17.6.1953.

85 NARA: RG 59, 762B.00/6–2253, 22.6.1953.

86 Vgl. auch meine Ausführungen in *Politik der Illusionen*, S. 170–182.

ermahnte den Militärkommandanten des britischen Sektors von Berlin, Generalmajor Coleman, die Situation nicht übertrieben darzustellen.

Coleman hatte in seinen Telegrammen berichtet, daß die Sowjets uneingeschränkte Gewalt anwandten, um die Demonstranten in Ost-Berlin in Schach zu halten. Zusammen mit seinen amerikanischen und französischen Kollegen hatte Coleman zudem am 18. Juni einen Protestbrief an General Dibrowa, den Kommandanten des sowjetischen Sektors, geschickt. Die drei westlichen Kommandanten verurteilten die „unverantwortliche Anwendung von militärischer Gewalt“, die zum Tod und zur Verwundung vieler unschuldiger Menschen in Berlin geführt habe. Sie protestierten zudem gegen die uneingeschränkten Aktivitäten der sowjetischen Soldaten unter dem vom Kreml verhängten Kriegsrecht und gegen die Exekution von Willi Göttling, der als angeblicher Provokateur erschossen worden war.⁸⁷ Churchill beschwerte sich daraufhin bei William Strang, dem höchsten Beamten im britischen Außenministerium, daß die westlichen Hochkommissare ihren Brief an Dibrowa abgesandt hatten, ohne zuvor das Foreign Office zu konsultieren. Zudem hätten sie deutlich überreagiert. Churchill fragte Strang rhetorisch: „Sollten die Sowjets einfach zusehen, wie die Ostzone in Anarchie und Chaos versinkt? Ich hatte den Eindruck, daß sie angesichts der zunehmenden Unordnung mit recht großer Zurückhaltung reagierten.“⁸⁸ Coleman und der amtierende britische Hochkommissar Jack Ward versuchten daraufhin, dem Premierminister zu erklären, daß sie ihren Protestbrief hauptsächlich geschrieben hatten, um die Sowjetunion von der Durchführung weiterer Exekutionen abzuhalten. Außerdem sei es ihre Absicht gewesen, der deutschen Bevölkerung zu demonstrieren, daß die westlichen Alliierten auf ihrer Seite ständen. Um das zu erreichen, erklärten sie, habe der Brief notwendigerweise recht scharf formuliert sein müssen. Die Amerikaner und die Franzosen hätten zweifellos den falschen Eindruck erhalten, falls die Zustellung des Briefes verzögert worden wäre, wenn Coleman zuerst hätte London konsultieren müssen. Doch führte Ward aus, er hätte verhindern können, daß die USA den Protestbrief in einer Weise formulierten, die darauf hätte schließen lassen, daß die Alliierten den Aufstand in der DDR positiv beurteilten.⁸⁹

Churchill war von dieser Argumentation nicht überzeugt. Am 21. Juni deutete er darauf hin, daß es einen Widerspruch zwischen Colemans internen Telegrammen und dem Brief an Dibrowa gebe. In seinen internen Schriftstücken hatte Coleman erklärt, die Rote Armee „agiere mit großer Zurückhaltung und Mäßigung und habe ganz klar die Instruktion erhalten, nur ein Minimum von Gewalt anzuwenden“.⁹⁰ Churchill schrieb Coleman verärgert:

-
- 87 PRO: PREM 11/673, 18.6.1953. Der kurze Brief ist publiziert in: RIIA (Hg.), Documents, 1953, S. 159. Göttling war nicht mehr so jung wie er in der Literatur oft dargestellt wird; er war 35 Jahre alt. Vgl. NARA: RG 59, 762B.00/6-1853, 18.6.1953.
- 88 PRO: PREM 11/673, 19.6.1953. Vgl. auch Anthony Nutting, *Europe will not wait: A Warning and a Way out*, London 1960, S. 53; Michael Gehler, *Der 17. Juni 1953 aus der Sicht des Foreign Office*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 25/93 (18.6.1993), S. 27–29.
- 89 PRO: PREM 11/673, 20.6.1953; FO 800/794, 20.6.1953. Der westliche Protest wurde am 20. Juni von Dibrowa zurückgewiesen. Das Antwortschreiben Dibrowas ist zu finden in RIIA (Hg.), Documents, 1953, S. 159f. Am 24. Juni wandten sich die westlichen Stadtkommandanten scharf gegen die Behauptung Dibrowas, der Westen hätte den Aufstand angezettelt. Ebd., S. 160f.
- 90 PRO: PREM 11/673, 21.6.1953. Dies war auch die Meinung der amerikanischen Hohen Kommission. Der US-Diplomat Lyon schrieb am 30. Juni aus Berlin, „that the Soviet soldiers maintained remarkable reserve, that there was no wanton shooting into the crowds, and that they showed no animosity toward the demonstrators. This behavior of the Soviet soldiers contrasted sharply in an unfavorable light [...] with that of the East German police“. NARA: RG 59, 761.5/6-3053. Manche sowjetische

„Falls die Sowjetunion als die Okkupationsmacht mit, wie Sie schreiben, weitverbreiteten Bewegungen von gewalttätiger Unordnung konfrontiert wurde, dann hatte sie sicherlich das Recht das Kriegsrecht zu verhängen, um anarchische Zustände zu verhindern. [...] Wir können unsere vielen Schwierigkeiten nicht überwinden, wenn wir aus Gründen lokaler Propaganda Behauptungen anstellen, die nicht mit den Tatsachen übereinstimmen.“⁹¹

Obwohl die Diplomaten des Foreign Office Churchills Gipfeldiplomatie ablehnten, stimmten sie mit den strikt legalistischen Überlegungen des Premierministers überein. Der dortige für Deutschland zuständige Beamte Frank Roberts vertrat ebenfalls die Überzeugung, daß die Sowjetunion als eine der Besatzungsmächte befugt war, ihre Zone unter Kontrolle zu halten. Diese Meinung wurde von seinem Kollegen Warner geteilt, der die britische Hochkommission in Bonn telefonisch bat, „uns wissen zu lassen, falls die russischen Soldaten das Feuer auf die Demonstranten eröffnen. Als die verantwortliche Besatzungsmacht haben sie natürlich das Recht dies zu tun, um Gesetz und Ordnung aufrechtzuerhalten.“⁹²

Einige Tage später, am 25. Juni, machte der mittlerweile aus dem Urlaub zurückberufene Hochkommissar Sir Ivone Kirkpatrick ähnliche Ausführungen gegenüber seinem amerikanischen Kollegen James Conant. Kirkpatrick war überzeugt, was die Kontrolle der deutschen Bevölkerung anging, daß die Westmächte und die Sowjetunion mit ganz ähnlichen Problemen konfrontiert waren. Man konnte den Deutschen nicht erlauben, Unruhen in der sowjetischen Zone anzuzetteln. Immerhin beinhaltete dies die Gefahr, daß einmal etwas ähnliches in den Westzonen passieren könnte. Kirkpatrick war durchaus bereit, die Sowjetunion für die Einschränkung der Menschenrechte in der DDR und für die schlechte Verwaltung ihrer Zone zu kritisieren, nicht aber für den Einsatz von Truppen, um den Aufstand vom 17. Juni einzudämmen. Der Hochkommissar ignorierte vollkommen den ganz unterschiedlichen Charakter der Besatzungspolitik in den Westzonen und der Ostzone. Auch schien es ihm nicht bewußt zu sein, daß es gerade die sich immer weiter verschlechternde ökonomische Situation in der DDR und die Einschränkung der demokratischen Rechte gewesen waren, die zu dem Aufstand geführt hatten. Kirkpatricks Worte klangen, als ob die DDR-Bevölkerung keinerlei Anlaß zur Beschwerde und zum Protest gegen die sowjetische Besatzungsmacht und das Ulbricht-Regime gehabt hatte.⁹³ Charakteristisch war dabei auch die Benutzung des Wortes „riots“, das immer wieder in den britischen Dokumenten benutzt wurde und womit der Aufstand im Grunde als unrechtmäßige und illegale Unruhen abquali-

Soldaten übten sich tatsächlich in großer Zurückhaltung. Immerhin wurden achtzehn Soldaten vor ein Kriegsgericht gestellt und anschließend exekutiert, da sie sich geweigert hatten, auf die Demonstranten zu schießen. Vgl. Manfred Hagen, *DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus*, Stuttgart 1992, S. 119f.

91 PRO: PREM 11/673, 21.6.1953.

92 PRO: PREM 11/673, 17.6.1953. Als ein Journalist ihm die Frage stellte, ob seine Regierung dem Einsatz von sowjetischen Panzern gegen die eigene Bevölkerung zugestimmt habe, antwortete der stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Otto Nuschke: „Selbstverständlich, weil sie ein Interesse daran hat, daß Ruhe und Ordnung zurückkehrt. Wenn das nicht mit polizeilichen Mitteln möglich ist, dann muß eben selbstverständlich die Besatzungsmacht, jede Besatzungsmacht, ihre Machtmittel einsetzen.“ Zitiert in: Karl-Wilhelm Fricke, *Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report*, Köln 1984, S. 94.

93 PRO: PREM 11/673, 17.6.1953.

fiziert wurde. Frank Roberts schrieb Kirkpatrick, daß das Foreign Office vollständig seiner Beurteilung der Situation zustimme.⁹⁴

Kirkpatrick berichtete wiederum dem Foreign Office, daß der amerikanische Hochkommissar allem Anschein nach mit ihm übereinstimme, doch Conants Memoiren zeigen, daß dies nicht der Fall war. Conant schrieb, daß die Gleichsetzung der Legalität aller Besatzungsmächte in Berlin formal korrekt war, aber dies nichts mit der Realität der Verhältnisse und der Überzeugung der Menschen oder der amerikanischen Besatzungsmacht in Berlin zu tun hatte. Conant sprach von „unterschwelligten Differenzen“ zwischen den westlichen Besatzungsmächten in Berlin. Die drei Regierungen stimmten hinsichtlich der Beurteilung des Aufstandes in der DDR keinesfalls überein.⁹⁵ Im Hinblick auf die kaum verständliche Haltung des britischen Foreign Office war dies wenig überraschend. Weitere Differenzen zwischen London und Washington, aber auch zwischen Conant und seiner eigenen Regierung, ergaben sich auch daraus, daß einige Mitglieder der amerikanischen Regierung in Washington dafür eintraten, die momentane Schwäche des Kremls auszunutzen, um der Sowjetunion einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Das Foreign Office war in dieser Hinsicht weitaus vorsichtiger.⁹⁶ Eisenhowers Berater Walt Rostow und C. D. Jackson rieten dem Präsidenten, die Psychologische Kriegsführung gegenüber Moskau zu intensivieren. Sie waren überzeugt, daß die Chancen, Deutschland ohne Krieg und entsprechend den westlichen Vorstellungen zu vereinigen, sich erheblich verbessert hatten. Rostow glaubte gar, daß es sinnvoll sei, die Bevölkerung der DDR dazu aufzufordern, mit einer „richtigen Revolte“ zu beginnen. Glücklicherweise hielt Eisenhower nicht allzuviel von der Qualität dieser Ratschläge.⁹⁷

Zwar stimmte das Foreign Office mit Churchill überein, daß die Sowjetunion das Recht und möglicherweise sogar die Pflicht hatte, den Aufstand so schnell wie möglich zu beenden, doch waren die Diplomaten überzeugt, daß Coleman und Ward korrekt gehandelt hatten, was den Brief an Dibrowa anging. Da die führenden Beamten im britischen Außenministerium strikt gegen eine Gipfelkonferenz mit der Sowjetunion eingestellt waren, machten sie sich hinsichtlich der möglichen Konsequenzen des Briefes auch weit weniger Sorgen als Churchill. Die Diplomaten glaubten zudem, daß der Brief an Dibrowa nicht geschadet habe und Ward keinesfalls seine Unterschrift hätte verweigern können. Andernfalls wären Adenauers ohnehin nicht ganz grundlosen Verdächtigungen, daß Churchill einer Vereinbarung mit Moskau alle anderen Themen unterordnete, nur bestätigt worden.⁹⁸ Auch stimmte Frank Roberts in einem Brief an Staatsminister Selwyn Lloyd ausdrücklich der Auffassung zu, daß

94 PRO: FO 371/103 985/CW 10715/5, 26.6.1953.

95 James B. Conant, *My Several Lives: Memoirs of a Social Inventor*, New York 1970, S. 601. Vgl. auch: James G. Hershberg, „Explosion in the Offing“: German Rearmament and American Diplomacy, 1953-1955, in: *Diplomatic History* 16 (1992), S. 523-526; Fish, *After Stalin's Death*, S. 340.

96 NARA: RG 59, 762B.00/6-2653, 26.6.1953. Vgl. auch: James G. Hershberg, *James B. Conant: Harvard to Hiroshima and the Making of the Nuclear Age*, Stanford, Ca., 1993, S. 660-662.

97 Vgl. Brands, *Cold Warriors*, S. 124; Armin Mitter/Stefan Wolle, *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte*, München 1993, S. 108-110, vertreten die umstrittene Meinung, der Westen hätte einen stärkeren Standpunkt gegenüber der Sowjetunion vertreten sollen. Dadurch wäre die Position der Demonstranten verbessert worden. Der Appell an die DDR, Recht und Gesetz einzuhalten, hätte lediglich der UdSSR in die Hände gespielt.

98 PRO: FO 371/103 840/CS 1016/71, 20.6.1953.

angesichts der großen Anzahl von Truppen und Panzern, die die Sowjets nach Ost-Berlin verlegt hatten, der Kreml tatsächlich mit relativer Zurückhaltung agiert hatte.⁹⁹

Dennoch fügte insgesamt das gewaltsame sowjetische Eingreifen zur Beendigung des Aufstandes vom 17. Juni der sowjetischen Friedenskampagne unwiderruflichen Schaden zu. Roberts und seine Kollegen im Foreign Office erkannten dies mit unverhohlener Freude. Churchills Gipfeldiplomatie erschien nun noch unrealistischer als zuvor. Ein Protestbrief der westlichen Hochkommissare konnte das nur unterstreichen und damit der westlichen Öffentlichkeit die Situation klar vor Augen führen. Bereits am 17. Juni hatte Roberts geschrieben: „Wir verfolgen diese interessanten und hoffnungsvollen, aber auch potentiell gefährlichen Entwicklungen mit großer Aufmerksamkeit. Falls die Russen schießen müssen, wird dies die ganze Wirkung ihrer kürzlichen Gesten zunichte machen.“¹⁰⁰ Zufrieden schrieb Roberts am 25. Juni über die Konsequenzen des Aufstandes vom 17. Juni: „Die kürzlichen Entwicklungen haben wieder einmal klar und öffentlich unsere existierende Politik gegenüber Deutschland und der EVG bestätigt. Ich hoffe, sie haben auch die Aussichten Dr. Adenauers verbessert, die Wahlen zu gewinnen.“¹⁰¹

Nach dem Aufstand

In der Tat half die gewaltsame sowjetische Reaktion auf den Aufstand in der DDR, Adenauer die Bundestagswahlen im September 1953 zu gewinnen. Trotz der Kritik der oppositionellen SPD an der allzu passiven Haltung des Kanzlers während der Ereignisse in Ost-Berlin, bestätigte der Aufstand vom 17. Juni Adenauer in seiner Auffassung von der Richtigkeit seiner Westpolitik.¹⁰² Am 1. Juli 1953 erklärte er im Deutschen Bundestag, daß es nur nach der vollen Integration in den Westen sinnvoll sei, in Verhandlungen mit der Sowjetunion zu treten, um die „Lösung der Frage der deutschen Wiedervereinigung“ zu erreichen.¹⁰³ Basierend auf dieser Strategie gelang es Adenauer, den Aufstand zu nutzen, um einen großen Wahlerfolg zu erreichen.

Nach den Ereignissen vom 17. Juni verstärkten die westlichen Alliierten ihre Unterstützung für Adenauers Wahlkampf. Weniger als eine Woche nach dem 17. Juni erhielten die westlichen Hochkommissare in Bonn den persönlichen Status von Botschaftern. Auch die deutschen diplomatischen Vertreter bei den Westmächten erhielten diese Rangerhöhung. Die damit erfolgte Entscheidung, der Adenauer-Regierung größeren symbolischen Status und Anerkennung zu geben, wurde Ende Juni verkündet und trat am 6. Juli in Kraft. Dem

99 Zudem hatten die westlichen Hochkommissare bereits Anfang Mai 1952, als man nach der Unterzeichnung des EVG-Vertrages mit einer unerfreulichen Reaktion Moskaus rechnete, die Erlaubnis erhalten, in Notsituationen auch ohne vorherige Konsultation mit ihren Außenministerien zu agieren.

100 PRO: PREM 11/673, 17.6.1953. Eine ganz ähnliche Meinung wurde von Coleman in Berlin vertreten. Vgl. ebd., 19.6.1953.

101 PRO: FO 371/103 960/CW 1055/1 G, 25.6.1953.

102 Vgl. zum Beispiel NARA: RG 59, 762A.00/6–2453, 24.6.1953. Den Berichten Conants zufolge war Adenauer besorgt über Hinweise, „that Paris and London were prepared to make [a] deal with Moscow at [the] expense of Germany“. Nach dem 17. Juni war der Kanzler aber optimistisch, „that [the] latest events had convinced [the] French and [the] British that any ‚sell-out‘ of Germany would also spell doom for them“. NARA: RG 59, 762B.00/6–1953, 19.6.1953.

103 Deutscher Bundestag, Verhandlungen der I. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 17, 278. Sitzungsperiode, 1.7.1953, S. 13872. Vgl. auch: PRO: FO 371/103 665/C 1071/45, 20.6.1953.

britischen Foreign Office war klar, daß „der Sinn der Übung [...] die Stärkung der Position Dr. Adenauers hinsichtlich der kommenden Wahlen“ war.¹⁰⁴ Nur wenige Tage nach dem Aufstand in der DDR hatte Adenauer bereits die westlichen Regierungen gebeten, sich öffentlich erneut für seine Wiedervereinigungspolitik auszusprechen.¹⁰⁵ Eisenhower, Churchill und der amtierende französische Premierminister Mayer reagierten sofort, indem sie ihm entsprechende Briefe zusandten. Zudem erwähnte Staatsminister Selwyn Lloyd die Unterstützung der Ziele der Regierung Adenauer durch Großbritannien am 24. Juni im Unterhaus.¹⁰⁶ In der gleichen Rede erklärte Lloyd jedoch ebenfalls, daß er glaube, „daß die Russen bisher mit Zurückhaltung“ in Ost-Berlin agiert hätten. Churchill hatte ihm diese Zeilen diktiert und darauf bestanden, daß sie vorgelesen wurden.¹⁰⁷ Damit war Lloyd die wenig dankbare Aufgabe übertragen worden, seine Aussage gegen die heftigen Attacken von vielen Abgeordneten zu verteidigen.¹⁰⁸ Die amerikanische Botschaft in London folgerte jedoch, daß Churchills „wirklicher Grund [...] war, daß er glaubte, diese nicht provozierende Aussage sei das richtige in der derzeitigen Situation, um seine Gipfeldiplomatie zu retten“.¹⁰⁹

Einige Wochen nach den Ereignissen in der DDR begann Adenauer die USA an die bereits im Mai ausgearbeiteten Pläne zu erinnern, der Sowjetunion ein gemeinsames Lebensmittelpaketsystem für die DDR anzubieten. Der Kanzler wollte dieses Vorhaben nun so schnell wie möglich realisieren. Immerhin sollten die Pakete nicht nur der hungernden DDR-Bevölkerung zugute kommen, sondern ihm auch helfen, Anerkennung bei den westdeutschen Wählern zu erhalten. Wenige Wochen nach der erwarteten Ablehnung des Planes durch Moskau begannen die USA in enger Zusammenarbeit mit Adenauer mit der Verwirklichung des Vorhabens.¹¹⁰ Die USA richteten Lebensmittelpaketzentralen an der Grenze des amerikanischen Sektors in West-Berlin ein. Dort konnte die Bevölkerung Ost-Berlins kostenlose Pakete abholen. Die ost- und westdeutsche Bevölkerung war sehr beeindruckt von dem großzügigen amerikanischen Angebot, das nicht zuletzt aufgrund von Adenauers Initiative zustande gekommen war. Den Briten wurde von den USA mitgeteilt, daß es nicht das State Department gewesen sei, das den Plan initiiert habe; der Gedanke dazu sei Washington und Bonn beinahe gleichzeitig gekommen.¹¹¹ Das Lebensmittelpaketprogramm

104 PRO: FO 371/104 178/CW 1893/19, 23.6.1953; auch CW 1893/14, 22, 23; PREM 11/382, PM/MS/53/248, 20.6.1953; PREM 11/449, M 218/53, 23.6.1953; 26.6.1953; H. C. Deb., Bd. 517, 13.7.1953, 1703.

105 Adenauers auf den 21. Juni datierter Brief an Eisenhower ist abgedruckt in: RIIA (Hg.), Documents, 1953, S. 161. Sein Brief an Churchill ist zu finden in: PRO: PREM 11/449, 22.6.1953.

106 Vgl. Eisenhowers Antwortschreiben in RIIA (Hg.), ebd., S. 161–62; siehe für Churchills Brief PRO: FO 371/103 665/C 1071/57, 24.6.1953. Die Rede Lloyds befindet sich in: H. C. Deb., Bd. 516, 24.6.1953, 1906–07; vgl. auch NARA: RG 59, 762B.00/6–2153, 23.6.1953.

107 NARA: RG 59, 762B.00/6–2653, 25.6.1953.

108 Vgl. H. C. Deb., Bd. 516, 24.6.1953, 1906–08.

109 NARA: RG 59, 762B.00/6–2653, 25.6.1953.

110 Zu dem sogenannten ‚food parcel scheme‘ siehe auch: die Aufsätze in Anm. 79 und Klaus Larres „Preserving Law and Order: Britain, the United States and the East German Uprising of 1953“, *Twentieth Century British History*, Bd. 5, Nr. 3 (1994), S. 344–350.

111 Vgl. PRO: FO 371/103 870/CS 1301/14, 9.7.1953. Für den amerikanisch-sowjetischen Notenwechsel über die Lebensmittelpakete zwischen dem 10. und 23. Juli siehe: RIIA (Hg.), Documents, 1953, S. 164–167. In einem Brief an Eisenhower vom 19. Oktober behauptet Botschafter Conant aber, daß die Idee in Washington entwickelt worden wäre. Das Unternehmen hätte jedoch kaum ohne die Unterstützung Ernst Reuters so erfolgreich sein können. Vgl. EPL: Ann Whitman File, Administration Series, Box. Nr. 10, Folder Conant (2).

hatte „humanitäre wie auch propagandistische Ziele“,¹¹² doch überwogen sicherlich die letzteren. Die Bundestagswahlen im September motivierten Adenauer und die Eisenhower-Regierung die Paketvergabe bis Anfang Oktober aufrechtzuerhalten. Bonn und Washington schien es ratsam zu sein, sie bis kurz nach den Wahlen fortzusetzen.¹¹³ Nach seinem Wahlsieg war Adenauer natürlich sehr dankbar für die Hilfe, die er von den Amerikanern erhalten hatte. Einer seiner Berater teilte dem britischen stellvertretenden Hochkommissar Jack Ward mit, „daß Dr. Adenauer davon ausgehe, daß die Lebensmittelpakete ein hervorragendes politisches Ergebnis erzielt hätten“.¹¹⁴

Der Kanzler war dagegen wenig beeindruckt von der Haltung der britischen Regierung. Obwohl auch London Adenauers Wahlkampf unterstützte, hatte die britische Hochkommission wochenlang gegen den Lebensmittelplan protestiert, ohne daß dies aber von den Amerikanern allzu ernst genommen worden war. Die Briten glaubten, daß die ganze Aktion die Sowjetunion nur unnötig provozieren würde und damit insgesamt recht gefährlich sei.¹¹⁵ London wie auch Paris hatten über den Fortschritt der Lebensmittelaktion kaum Informationen von den deutschen und amerikanischen Behörden erhalten. Zudem waren sie zu keiner Zeit konsultiert worden. Dies erklärt die recht zynische Reaktion des britischen Diplomaten Hancock, dem Direktor des Central Department innerhalb des Foreign Office. Er war überzeugt, daß die Amerikaner darauf versessen seien, in Deutschland aktiv zu werden. „So lange sie irgendwas tun können, ist ihnen ziemlich egal was es ist.“¹¹⁶ Churchill stimmte mit dieser Meinung überein. Immerhin war die Lebensmittelaktion ein weiteres Hindernis bei der Verwirklichung seiner Gipfeldiplomatie mit der neuen sowjetischen Führung – eine Politik, die relativ gute Beziehungen zum Kreml voraussetzte. Er schrieb Lord Salisbury, einem Kabinettsmitglied, daß er der Auffassung sei, Eisenhowers Aktion sei nur zu verstehen im Rahmen der amerikanischen Politik, den Kommunisten überall das Leben so schwer wie möglich zu machen.¹¹⁷

Am Ende war es jedoch nicht so sehr die Unterstützung der USA für Adenauers Wahlkampf, sondern die gewaltsame Beendigung des Aufstandes in der DDR durch sowjetische Panzer, die Churchills Pläne vereiteln sollten. Die sowjetische Reaktion auf die Ereignisse in der DDR stellte sicher, daß die Wähler in der Bundesrepublik jeden Glauben an den von der SPD unterstützten Plan Churchills verloren, sich für die Etablierung eines neutralen und vereinigten Deutschlands einzusetzen. Die Westdeutschen vertrauten in ihrer großen Mehrheit ganz auf Adenauers und Dulles' Westpolitik. Danach sollten erst nach der erfolgreichen Westintegration der Bundesrepublik Verhandlungen basierend auf einer Politik der Stärke

112 Zitiert in Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer: Gründerjahre der Republik 1949–1957*, Wiesbaden 1981, S. 190.

113 NARA: RG 59, 862B.49/8–2053, 5.9.1953.

114 PRO: FO 371/103 873/CS 1301/83, 28.9.1953.

115 Vgl. zur Kritik der Briten PRO: FO 371/103 870–873. Siehe auch das Memorandum zur Lebensmittelkrise in Osteuropa in PRO: FO 975/67. Siehe: NARA: RG 59, 862B.49/ff. für die amerikanische Sicht der Lage.

116 PRO: FO 371/103 870/CS 1301/14, 10.7.1953. Vgl. auch: CS 1301/18, 24.7.1953; CS 1301/24, 24.7.1953; CS 1301/30, 28.7.1953; auch: EPL, Ann Whitman File, Administration Series, Box. Nr. 10, Folder Conant (2), 19.10.1953.

117 PRO: FO 371/103 871/CS 1301/35, M 256/53, 6.8.1953.

stattfinden. Es wurde gehofft, die deutsche Wiedervereinigung würde dann schon irgendwie auf lange Sicht zustande kommen.¹¹⁸

Innerhalb des Foreign Office sprach Selwyn Lloyd bald hinsichtlich des Aufstandes vom 17. Juni von einem „großen Triumph“. Immerhin war Churchills Gipfeldiplomatie entscheidend geschwächt worden und es bestand vorerst keine Gefahr, daß die Teilung Deutschlands durch eine Gipfelkonferenz mit der Sowjetunion gefährdet werden würde. Lloyd war insbesondere überzeugt, daß die Deutschen, „ob Deutschland vereinigt sei oder nicht“, sich als Mitglieder der westlichen Welt betrachteten und die Ostdeutschen keine loyalen Anhänger der russischen Kommunisten werden würden. Er glaubte, daß, solange der Kalte Krieg andauere, Deutschland am besten geteilt bleiben sollte.¹¹⁹

3. Schlußfolgerung

Das britische Foreign Office wie auch die Vereinigten Staaten und Kanzler Adenauer hatten kein Interesse daran, die deutsche Wiedervereinigung vor der Westintegration der Bundesrepublik anzustreben. Churchills Pläne, eine Gipfelkonferenz mit der Sowjetunion einzuberufen, um die deutsche Wiedervereinigung auf neutraler Basis bei gleichzeitiger Opferung der Westintegration zu verwirklichen, stießen daher auf beinahe einhellige Ablehnung in den westlichen Hauptstädten. Sowohl die Eisenhower-Administration in Washington als auch das Außenministerium in London nutzten die gewaltsame sowjetische Niederschlagung des Aufstandes in der DDR aus, um die Westintegration der Bundesrepublik zu fördern. Die meisten westlichen Staatsmänner kümmerten sich dabei nicht sonderlich um das Schicksal der Ostdeutschen. Ihnen war viel mehr daran gelegen, Churchills Gipfeldiplomatie zu unterminieren, Adenauers Politik zu unterstützen und die Desintegration der westlichen Allianz zu verhindern, wozu die Pläne des britischen Premierministers womöglich geführt hätten. Mit der unbeabsichtigten Hilfe der Sowjetunion und dem Aufstand in der DDR gelang es Washington und London, Churchills Politik unglaubwürdig zu machen und damit entscheidend zu unterminieren.

Im April 1955, als Churchill in den Ruhestand trat, hatte noch keine Gipfelkonferenz stattgefunden. Zwar hatte Churchill versucht, seine Entspannungspolitik auch nach dem Aufstand in der DDR fortzusetzen, doch war er damit kläglich gescheitert. Dulles und Adenauer sowie insbesondere sein eigenes Außenministerium hatten einen Erfolg seiner Politik zu verhindern gewußt. Statt Churchills Politik zu unterstützen, den Kalten Krieg zu beenden und womöglich die Teilung Deutschlands zu überwinden, waren Washington und London nur daran interessiert, die Bundesrepublik vollständig in die westliche Welt zu integrieren. Mit der Ausnahme Churchills war westlichen Politikern 1953 nicht daran gelegen herauszufinden, ob die deutsche Wiedervereinigung nach Stalins Tod möglich gewesen wäre. Doch sollte dabei nicht übersehen werden, daß auch Churchill in erster Linie seine eigenen Ziele anstrebte. Ihm ging es nicht um das Wohlbefinden der Deutschen und deren national-

118 PRO: FO 371/118 151/WG 1013/5, 27.1.55. Vgl. auch Schwarz, Ära Adenauer, S. 220f.; Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann (Hg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–55, Allensbach ²1956, S. 313–320; Martin Krämer, Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und sein politisches Echo in der Bundesrepublik Deutschland, Bochum, 1996.

119 PRO: PREM 11/673, PM/MS/53/254, 22.6.1953.

staatliche Selbstverwirklichung, sondern ganz und gar um die Aufrechterhaltung der weltmachtpolitischen Bedeutung Großbritanniens. Das war das große, wenn auch vergebliche Ziel, das er mit seiner Entspannungspolitik und der Überwindung des Kalten Krieges und der deutschen Teilung angestrebt hatte.